



Wortprotokoll

über die 22. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 23. Februar 2022

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Frau Dichtl (Leitung Direktorium und BOB)
und Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 23. Februar 2022

- Oberbürgermeister Reiter
2. Bürgermeisterin Habenschaden
3. Bürgermeisterin Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs,
StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif,
StRin Hanusch, StR Krause, StRin Langmeier, StRin Lüttig,
StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post,
StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka,
StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger

CSU mit FREIE WÄHLER:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba,
StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer,
StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges,
StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid,
StR Prof. Dr. Theiss

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning,
StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz, StRin Odell,
StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel,
StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf

ÖDP:

StRin Haider, StRin Holtmann, StR Ruff

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl

BAYERNPARTEI:

StR Progl

München-Liste:

StR Höpner

Die PARTEI:

StRin Burneleit

Rosa Liste:

StR Niederbühl

Volt:

StR Sproll

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR	Baumgärtner
Bfm. StR	Biebl
Bfm. StR	Dr. Böhle
Bfm. StR	Bönig
Bfm. StR	Dr. Dietrich
Bfm. StR	Dunkel
Bfm. StRin	Frank
Stadtkämmerer	Frey
Bfm. StRin	Hingerl
Stadtschulrat	Kraus
Bfm. StRin	Kugler
Stadtbaurätin	Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk
Bfm. StRin	Schiwy
Bfm. StRin	Zurek

Inhaltsverzeichnis

Ehrung von StR Ruff mit der Medaille „München leuchtet - Den Freundinnen und Freunden Münchens“.....	8
OB Reiter:.....	8
StR Ruff:.....	8
OB Reiter:.....	9
Geburtstagsglückwünsche.....	9
OB Reiter:.....	9
Veränderung in den Ausschüssen der Landeshauptstadt München und im Ältestenrat.....	9
Förderung von Selbstinitiativen im Sozialbereich.....	10
Standortbeschluss zur Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen und Paare.....	10
Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine Besetzung in den Gremien der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).....	10
Ostfriedhof - Ersatzneubau Krematorium mit Neubau des trauerpastoralen Zentrums.....	11
Flexiheime für wohnungslose Haushalte.....	11
Freiraumsicherung in der Stadtentwicklung.....	11
StR Ruff:.....	11
OB Reiter:.....	12
Stadtgüter München (SGM); Umstellung aller Flächen der Stadtgüter München auf ökologischen Landbau.....	12
Besetzung der Jury zur Erarbeitung der Vergabeempfehlung für die Jahre 2022 bis 2024.....	13
StR Jagel:.....	13
StR Jagel:.....	13
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	13
Kitas in den Blick nehmen!.....	14
OB Reiter:.....	14
P.S.E.u.D.o. Wahl - Verfahren zur Besetzung von Referatsleitungen.....	14
OB Reiter:.....	14
Bewertung der LHMS durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer vor Übernahme durch die Stadt.....	15
OB Reiter:.....	15
Bfm. StR Baumgärtner:.....	15
StR Hammer:.....	15
OB Reiter:.....	16
StR Hammer:.....	16
OB Reiter:.....	16
Klimaschutz- und Umweltaspekte bei der Standardisierten Bewertung berücksichtigen!.....	17
OB Reiter:.....	17
Auswirkungen zur Einschätzung der Regierung von Oberbayern: Zur Ausschreibung von Referent*innenpositionen.....	18
OB Reiter:.....	18
StR Ruff:.....	18

StRin Burneleit:.....	19
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	19
StR Dr. Roth:.....	21
StR Jagel:.....	24
StR Pretzl:.....	25
StR Müller:.....	29
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	31
OB Reiter:.....	32
Nachbesetzung der Leitung des Kreisverwaltungsreferats.....	35
Nachbesetzung der Leitung des Personal- und Organisationsreferats.....	35
Nachbesetzung der Leitung des Sozialreferats.....	35
OB Reiter:.....	35
Wahl der Leitung des Kreisverwaltungsreferats.....	36
StR Dr. Roth:.....	36
StRin Hübner:.....	36
OB Reiter:.....	37
Frau Dr. Sammüller-Gradl:.....	37
OB Reiter:.....	40
Wahl der Leitung des Personal- und Organisationsreferats.....	41
StR Müller:.....	41
StR Dr. Roth:.....	42
Stellv. Referent Mickisch:.....	42
Wahl der Leitung des Sozialreferats.....	46
StRin Hübner:.....	46
StRin Hanusch:.....	47
Bfm. StRin Schiwy:.....	47
OB Reiter:.....	50
Frau Dichtl:.....	50
OB Reiter:.....	50
StR Pretzl:.....	51
OB Reiter:.....	51
StRin Dr. Menges:.....	51
Frau Dr. Sammüller-Gradl:.....	52
StRin Dr. Menges:.....	52
StRin Dr. Menges:.....	53
Bfm. StRin Schiwy:.....	54
BMin Habenschaden:.....	54
Änderungen von Satzungen der LHM über die Zulassung zu Städtischen Schulen.....	55
StRin Wassill:.....	55
Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine Besetzung in den Fachausschüssen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).....	56

StR Pretzl:.....	56
StR Sproll.....	56
BMin Habenschaden:.....	56
Klimaschutz in München, Bericht zur Studie Klimaneutrale Wärme München 2035.....	57
StR Krause:.....	57
StRin Wassill:.....	57
BMin Habenschaden:.....	58
StR Ruff:.....	59
StR Schall:.....	59
StR Jagel:.....	60
Bekämpfung der Corona-Pandemie - Coronabedingte Personalmehrung bei der Bußgeldstelle des KVR.....	61
StR Vorländer:.....	61
StRin Burneleit:.....	62
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	63
StRin Dr. Menges:.....	63
StRin Wassill:.....	64
BMin Habenschaden:.....	65
StRin Wassill:.....	65
Bfm. StR Dr. Böhle:.....	65
BMin Habenschaden:.....	65
StK Frey:.....	66
BMin Habenschaden:.....	66
Kitas in den Blick nehmen!.....	67
StSchR Kraus:.....	67
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1638 - Ottobrunner Straße.....	70
StRin Dr. Gerstenkorn:.....	70
OB Reiter:.....	70
StRin Kainz:.....	70
StRin Hanusch:.....	72
StR Höpner:.....	73
StR Ewald:.....	74
StR Prof. Dr. Hoffmann:.....	76
StRin Wolf:.....	77
StRin Burger:.....	78
StR Ruff:.....	79
StRin Hanusch:.....	80
StR Ruff:.....	80
StRin Wassill:.....	80
StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:.....	80

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:15 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Ehrung von StR Ruff mit der Medaille „München leuchtet - Den Freundinnen und Freunden Münchens“

OB Reiter:

Ich begrüße alle Gäste am Livestream! Wir beginnen mit einem erfreulichen Punkt. Ich darf heute in der Vollversammlung wieder ein Stadtratsmitglied ehren, und zwar Tobias Ruff.

Lieber Herr Ruff, Gratulation zu zwölf Jahren Stadtratsmitgliedschaft! Ich kenne noch Ihre Vorgängerin, Frau Mechthild von Walter. Wer länger dabei ist, kennt sie ebenfalls. Sie sind seit 2010 Stadtratsmitglied. Wir sind politisch nicht immer einer Meinung. Ich kann Ihnen aber auf jeden Fall Engagement, Fleiß und Empathie nicht absprechen. Ich gratuliere Ihnen, dass Sie zwölf Jahre durchgehalten haben, und wünsche mir weiter eine konstruktive Zusammenarbeit. Man muss in einer Demokratie nicht immer einer Meinung sein. Ich meine es aber ganz ernst: Das ist ein schwieriger Job. Sie alle wissen, dass er für ein Ehrenamt sehr viel Arbeit umfasst. Ich sage es immer wieder gerne im Livestream: Es ist eine fordernde Aufgabe, diesen Job in Form eines Ehrenamts auszuüben. Überwiegend ehrenamtlich tätig zu sein ist etwas Besonderes. Dafür läuft die Leitung einer Millionenstadt hervorragend. Danke für ihre bisherige zwölfjährige ehrenamtliche Tätigkeit.

In Anerkennung seiner Verdienste wird Herrn Tobias Ruff die Medaille „München leuchtet - Den Freundinnen und Freunden Münchens“ in Gold verliehen. Gratulation! - (Allgemeiner Beifall)

StR Ruff:

Ich darf mich ebenfalls ganz herzlich bedanken! Wie Sie gesagt haben, ist es immer anstrengend und in der Opposition auch nicht ganz leicht. Das Ehrenamt habe ich in den letzten zwölf Jahren immer wörtlich genommen: Es ist eine Ehre, als Stadtrat für diese Stadt tätig zu sein. Die Aufgabe

ist herausfordernd, anstrengend und erfordert viel Zeit. Sie macht mir aber nach wie vor Spaß, und ab und zu habe ich Erfolg. Ich kann berichten, dass man in kleinen Schritten immer mal wieder etwas erreicht. Das geht mir nach zwölf Jahren noch so. - (Allgemeiner Beifall)

OB Reiter:

Danke und alles Gute!

Geburtstagsglückwünsche

OB Reiter:

Es gibt noch ein anderes erfreuliches Thema. Herr Weisenburger hat es sich nicht nehmen lassen, heute Geburtstag zu haben. Alles Gute, Sebastian! Du hast kurz vor einem runden Geburtstag gerade noch gebremst. Wir bleiben unserer Tradition treu und wünschen uns einen kurzen Sitzungsverlauf. Wir werden sehen, wie weit wir diesem Wunsch Rechnung tragen können. - (Allgemeiner Beifall)

Veränderung in den Ausschüssen der Landeshauptstadt München und im Ältestenrat

Aktensammlung Seite 2969

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Förderung von Selbstinitiativen im Sozialbereich

Aktensammlung Seite 2971

Beschluss:

Nach Antrag

Standortbeschluss zur Unterbringung wohnungsloser Einzelpersonen und Paare

Aktensammlung Seite 2973

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine Besetzung in den Gremien der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Aktensammlung Seite 2977

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

**Ostfriedhof - Ersatzneubau Krematorium mit Neubau
des trauerpastoralen Zentrums**

Aktensammlung Seite 2985

Beschluss:

Nach Antrag

Flexiheime für wohnungslose Haushalte

Aktensammlung Seite 2987

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

Freiraumsicherung in der Stadtentwicklung

**Antrag Nr. 6231 von diversen SPD-Stadtratsmitgliedern
vom 20.11.2019**

Antrag Nr. 321 von ÖDP/FREIE WÄHLER vom 29.07.2020

Aktensammlung Seite 2989

StR Ruff:

Wir würden gerne unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal zur Abstimmung stellen. Wir haben das Wiener Modell vorgeschlagen.

Der bereits im Ausschuss gestellte Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP - BAYERNPARTei und AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

- (Zurufe)

OB Reiter:

Die Erklärungen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP - BAYERNPARTei lauten jeweils wie im Ausschuss.

Stadtgüter München (SGM); Umstellung aller Flächen der Stadtgüter München auf ökologischen Landbau

Aktensammlung Seite 2995

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag

**Besetzung der Jury zur Erarbeitung der Vergabeempfehlung für die Jahre 2022 bis 2024
- Neu eingerichtetes „Stipendium für
Kulturakteur*innen im Bereich Interkulturelles/Internationales“**

Aktensammlung Seite 2999

StR Jagel:

Wir möchten unseren Änderungsantrag aus dem Kulturausschuss noch einmal zur Abstimmung stellen.

Der bereits im Ausschuss gestellte Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, FDP - BAYERNPARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI, ÖDP/München Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Jagel:

Erklärung wie im Ausschuss.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 3, B 4, B 6, B 8, B 9, B 10 und B 11 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 2991 - 3008)

Kitas in den Blick nehmen!

**Dringlichkeitsantrag Nr. 2429 von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste
für die Vollversammlung am 23.02.2022**

Aktensammlung Seite 3009

OB Reiter:

Die Rechtsabteilung sagt, Berichterstattungen seien eigentlich nie dringlich. Allerdings sei dem Stadtrat im Rahmen der Corona-Pandemie schon öfter Bericht erstattet worden. Es ist deswegen „up to you“, ob Sie einen Bericht heute als dringlich einstufen.

Dem Antrag Nr. 2429 wird die Dringlichkeit **einstimmig zuerkannt**.

**P.S.E.u.D.o. Wahl - Verfahren zur Besetzung von Referatsleitungen
Dringlichkeitsantrag Nr. 2432 von DIE LINKE./Die PARTEI
für die Vollversammlung am 23.02.2022**

Aktensammlung Seite 3011

OB Reiter:

Ich würde vorschlagen, diesen Dringlichkeitsantrag zusammen mit TOP A 1 zu behandeln. Dazu gibt es eine schriftliche Vorlage.

**Bewertung der LHMS durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer
vor Übernahme durch die Stadt
Dringlichkeitsantrag Nr. 2431 von CSU mit FREIE WÄHLER
und FDP - BAYERNPARTEI
für die Vollversammlung am 23.02.2022**

Aktensammlung Seite 3013

OB Reiter:

Die Rechtsabteilung bewertet diesen Antrag als nicht dringlich. Auch das Wirtschaftsreferat sagt, es handle sich zwar um ein Thema, das wir besprechen müssten, das aber heute nicht dringlich sei. Herr Baumgärtner kann das gern noch einmal erläutern.

Bfm. StR Baumgärtner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich betrifft der Antrag ein Thema, das wir uns anschauen müssen. Eine Dringlichkeit ist aber nicht gegeben, weil bis zum Verkaufsvorgang ohnehin noch diverse Gutachten erstellt werden müssen. Die Übernahme ist auch zeitlich noch weit genug entfernt. Wir müssen das heute nicht behandeln. Ich würde das Thema außerdem gerne vorbereiten. Inhaltlich kann man nur profunde Auskunft geben, wenn man es sich auch angesehen hat.

StR Hammer:

Ich widerspreche dem Wirtschaftsreferenten wirklich ungern. Aus unserer Sicht ist das Thema dringlich. Wir haben es letzte Woche schon in den IT-Ausschuss eingebracht. Das IT-Referat hat zu Recht gesagt, es sei nicht zuständig. Es hat aber selbst ebenfalls darauf verwiesen, dass eine Dringlichkeit besteht. Ich betone: Es geht hier nicht um Inhalte wie die mangelnde Leistungsfähigkeit der LHMS. Das ist ebenfalls ein wichtiges und dringendes, aber kein dringliches Thema. Es geht auch nicht um die Klärung operativer Fragen wie zum Beispiel, ob das RAW oder das IT-Referat diesen Übergangsprozess begleitet.

Es geht darum, dass die LHM direkte Beteiligte der LHMS wird und damit Anteile erwirbt. Das haben wir am 15.12. im Stadtrat beschlossen. Offen sind aber die Rechtsform und der Preis. Neben dem Preis geht es auch darum, dass die Stadt München Eigentümerin wird und Verbindlichkeiten übernimmt. Wir übernehmen Mitarbeiter und sonstige Verbindlichkeiten. Wir reden nicht von Strukturen, die wir schlecht finden, und Dingen, die nicht funktionieren. Faktisch geht es darum, dass wir

300 Mitarbeiter übernehmen, deren Gehälter sich auf 30 Mio. € im Jahr belaufen. Daneben übernehmen wir 6 Mio. € sonstige laufende Kosten. Das Budget beträgt 135 Mio. €. Das ist nicht wenig!

Warum ist das dringlich? Wir haben beschlossen, dass der Übergang zum 31.12. erfolgen muss. Das Jahresende mag weit weg erscheinen. In Verwaltungsmaßstäben ist das aber morgen. - (Teilweise Heiterkeit)

OB Reiter:

Die Verwaltung hat über das Wochenende wieder das Gegenteil bewiesen. Manche Vorgänge gehen auch sehr schnell!

StR Hammer:

Es geschehen Zeichen und Wunder! Wir müssen aber einen Beschluss zur Prüfung fassen und anschließend eine Prüfung durch einen qualifizierten Wirtschaftsprüfer vornehmen lassen. Wenn die Zahlen ausgewertet sind, gibt es Ergebnisse. Danach werden Vorlagen geschrieben, die der Stadtrat beschließen muss. Das wird relativ lange dauern. Deswegen sehen wir es als dringlich an, dieses Thema auf den Weg zu bringen. Der Prozess dauert lange. Wir sehen die Dringlichkeit als gegeben.

Ich wiederhole: Wir reden nicht über die Unzulänglichkeiten innerhalb der LHMS oder darüber, wer die Verantwortung dafür trägt. Wir reden vielmehr davon, dass die Stadt Eigentum erwirbt. Das muss vorher geklärt werden. Auch die Rechtsform ist noch nicht sicher. All das muss auf Basis von vernünftigen Daten entschieden werden. Wir sehen die Dringlichkeit daher sehr wohl gegeben. Vielen Dank.

OB Reiter:

Sie haben gerade selbst begründet, warum wir den Antrag heute nicht behandeln können. Sie sagen zu Recht, wir müssten anhand einer fundierten Datenbasis entscheiden. Der Wirtschaftsreferent hat gesagt, er würde sich erst näher zu diesem Thema informieren und Sie mit einer Vorlage beglücken. Anhand dieser können Sie dann tatsächlich entscheiden. Auch nach Ihrer Begründung können wir das heute nicht „aus der Hosentasche“ machen. Dafür ist das Thema zu wichtig.

Dem Antrag Nr. 2431 wird die Dringlichkeit gegen die Stimmen von
CSU mit FREIE WÄHLER, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **nicht zuerkannt**.

Klimaschutz- und Umweltaspekte bei der Standardisierten Bewertung berücksichtigen!
Dringlichkeitsantrag Nr. 2436 von SPD/Volt, Die Grünen - Rosa Liste,
CSU mit FREIE WÄHLER und FDP - BAYERNPARTEI
für die Vollversammlung am 23.02.2022

Aktensammlung Seite 3015

OB Reiter:

Wie bereits gestern im Finanzausschuss berichte ich, dass ich heute ein Schreiben an den neuen Bundesverkehrsminister und die beteiligten Bundesminister unterzeichnen werde. Darin mache ich genau diesen Umstand deutlich. Wenn wir auch in Zukunft U-Bahnen beschließen wollen, brauchen wir dringend Veränderungen bei der Standardisierten Bewertung. Andernfalls kann ich Ihnen nicht mehr ernsthaft vorschlagen, U-Bahnen zu planen oder gar zu bauen. Sollte sich hier nichts ändern, gibt es für U-Bahnen keine Finanzierungsmöglichkeiten mehr. Damit wäre selbst eine Stadt wie München, die durchaus Finanzen aufbringen kann, nicht mehr in der Lage, U-Bahnen zu bauen. Das habe ich bereits sehr deutlich verbal nach Berlin signalisiert. Ich werde es auch noch schriftlich tun.

Ich freue mich über die Unterstützung der Fraktionen, deren Namen auf diesem Antrag stehen. Zur Beantwortung des Dringlichkeitsantrags werde ich Ihnen allen das Schreiben zukommen lassen. Außerdem freue ich mich über jede einzelne und jeden einzelnen von Ihnen, die oder der gegebenenfalls vorhandene Beziehungen nach Berlin nutzt und dort in unserem Sinne vorgeht. Das muss passieren. Wenn ich mir anschau, wer den Antrag unterschrieben hat, sollte das auch im Bundestag eine Mehrheit ergeben. Insoweit wäre es schön, wenn wir das mit Nachdruck bei unseren jeweiligen Kontakten verfolgen. Wenn die Standardisierte Bewertung sich nicht ändert, haben wir ein echtes Problem.

Danke schön für den Dringlichkeitsantrag! Ich kann aber nicht mehr tun, als heute das Schreiben zu unterzeichnen. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich Ihnen den Brief zusenden. Falls Sie zusätzliche Ideen haben, können wir über das reguläre Antragsverfahren in anderen Sitzungen weiter zu diesem Thema vorgehen.

Mit der Zusage des Oberbürgermeisters, ein entsprechendes Schreiben an den Bundesfinanzminister und weitere beteiligte Bundesminister*innen zu richten und den Fraktionen eine Kopie zukommen zu lassen, ist der Dringlichkeitsantrag Nr. 2436 **erledigt**.

**Auswirkungen zur Einschätzung der Regierung von Oberbayern:
Zur Ausschreibung von Referent*innenpositionen
Anträge Nr. 2421 und 2422 von ÖDP/München-Liste vom 18.02.2022**

Aktensammlung Seite 2955

OB Reiter:

Ich will keine lange Vorrede halten. Gegebenenfalls kann ich mich gerne nach der Diskussion zu Wort melden. Den Medien haben Sie sicher entnommen, wie dieser Vorgang beurteilt wird. Ich bedanke mich bei der Regierung für die schnelle Arbeit. Wir haben schnell gearbeitet, die Regierung aber auch. Daher können wir heute wenigstens mit Klarheit tagen und wählen. Alles andere will ich gar nicht kommentieren. Die Antragstellerinnen und Antragsteller können jetzt ihr Anliegen vortragen. Falls notwendig, werde ich antworten.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das Thema nicht in die Länge ziehen. Ich glaube, zur rechtlichen Einschätzung müssen wir nicht mehr viel sagen. In den letzten Tagen gab es einige Wendungen, die uns alle in Erstaunen versetzt haben. Politisch ist es uns aber äußerst wichtig, ein transparentes Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Wir möchten eine Bestenauswahl haben. Den Personen, die später an der Stadtspitze stehen, soll durch ein Auswahlverfahren auch der Rücken gestärkt werden. Wir machen das nicht nur für uns im Stadtrat, nicht nur für die Fraktionen bzw. für die Mehrheitsfraktionen. Vielmehr sind wir immer noch Vertreter*innen der Münchnerinnen und Münchner. Auch die Referentinnen und Referenten an der Stadtspitze sind Stadträte - wenn auch berufsmäßige. Sie stehen für München und die Bürgerinnen und Bürger. Daher ist uns Transparenz äußerst wichtig.

Wir beantragen deshalb noch einmal mündlich, zwei Referatsspitzen auszuschreiben. Es geht um die Referatsspitzen, bei denen keine Verlängerung, sondern eine Neubesetzung ansteht. Wir möchten hier keine Pseudo-Ausschreibungen. Dieser Begriff ist für uns äußerst schwierig. Er verhöhnt unseren Rechtsstaat bzw. unsere Rechtslage und unsere Regierung, dient nicht der Transparenz und ist den Bürgerinnen und Bürgern Münchens gegenüber despektierlich. - (Beifall von ÖDP/München-Liste)

StRin Burneleit:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Kommunalpolitik bedeutet, vollkommen schamlos demokratische Prozesse durch Pseudo-Wahlen zu ersetzen und sich somit auch gegen eine geschlechtergerechte Besetzung der Besten zu positionieren, bin ich im bayerischen Himmel angekommen! In diesem Himmel gibt es überhaupt keine Unterschiede mehr. Alle sind gleich, alles ist gleich - egal ob CSU, SPD oder Die Grünen. Alle sind gleich skrupellos, abgehoben und weit entfernt vom „Wahlvieh“. Die Wahlen sind ja auch schon eine Weile her.

Ich danke Ihnen für diese wirklich wundervolle Posse! Ich habe mich wieder ganz neu in meine Kommunalpolitik verliebt. Ein bisschen hatte ich schon den Glauben und die Motivation verloren. Ich hatte schon gedacht, ich müsste die ganze satirische Arbeit hier alleine machen. Als Frau bin ich diesen Workload gewöhnt. Sie eilen mir aber nun zur Seite und helfen, den Wählerinnen und Wählern die Ansätze satirischer Arbeit zu erläutern. Sie, Grün-Rot, schreiben im Wahlprogramm von transparenter Beteiligung und von vielen Gehirnen, die die Stadt mitgestalten sollen. Spitzenposten in der Stadt werden aber einfach in guter Franz-Josef-Strauß-Manier nach Parteibuch verteilt. „Sauba sog i!“ - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

Ich verstehe Sie. Nicht allen Gehirnen in der Stadt traue ich eine Wahl zu. Nicht alle können farbige Zettel mit Nummern auseinanderhalten. Ich schließe hier ausschließlich von mir auf andere! In diesem Sinne muss logischerweise das parteigeprüfte und diesmal rechtskonforme P.S.E.u.D.o-Wahlverfahren in der Stadt umgesetzt werden. Die Idee ist genial, und sie ist von mir: - (Vereinzelt Heiterkeit) - einfach ein etwas verstaubt wirkendes, aber lieb gewordenes Produkt (Besetzung von Posten nach Parteibuch) nehmen und neu labeln. Zack, fertig ist ein hipper Name für gar nicht neue Besetzungsverfahren. Meine Kolleginnen und Kollegen, die logische Konsequenz lautet: Ab heute wird in München P.S.E.u.D.o umgesetzt, das parteinahe Selektionsverfahren zur Eruerung unglaublicher Direktkandidat*innen ohne Wahl. Soweit ich weiß, gilt das ab sofort. Danke! - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Was soll ich noch sagen? - (Vereinzelt Heiterkeit) - Vielleicht können wir zum Ernst zurückkehren. Lieber Florian Roth, ich hoffe, Du hast es auch am Beitrag meiner Vorrednerin gemerkt: Diese Äußerung in der Presse, wir würden dann eben eine Pseudo-Ausschreibung durchführen, hat uns allen hier im Saal wirklich sehr geschadet. - (Beifall von CSU mit FREIEN WÄHLERN und FDP - BAYERNPARTei) - Ich erwarte vom Fraktionsvorsitzenden der größten Fraktion im Stadtrat eine etwas vorsichtigere Wortwahl - auch wenn es natürlich fast nach einer Freudschen Fehlleistung geklungen hat. Das war wirklich nicht gut.

Liebe CSU, genauso wenig gut ist, dass Ihr Euer demokratisches Herz immer gerade dann entdeckt, wenn es nicht um die eigenen Leute geht. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI) - Das wird auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und ist genau dasselbe in grün. Entschuldigung! Ich meine: in schwarz. - (Teilweise Heiterkeit)

Ich glaube, das Problem bei diesen Stellen ist ein ganz anderes. Wir bekommen von der Bayerischen Gemeindeordnung Stellen für die Referentinnen und Referenten, die nicht Fisch und nicht Fleisch sind. Einerseits haben sie eine politische, andererseits eine beamtenrechtliche Komponente. Wir alle wissen: Es ist wahnsinnig kompliziert, innerhalb des Beamtenrechts Karriere zu machen und immer die Richtigen zu finden. Es gibt immer wieder Konkurrentenklagen. Die Stelle kann dann drei Jahre nicht besetzt werden. Das ist ein hochkomplexes Verfahren. Auf der anderen Seite sollen wir politisch Kandidatinnen und Kandidaten auswählen. Das passt irgendwie nicht zusammen. Das haben auch die Schreiben der Regierung von Oberbayern sehr schön gezeigt. Ich meine hier insbesondere das erste, in dem es um das Baureferat ging.

Vielleicht sollten wir einmal unsere Mehrheiten oder Nicht-Mehrheiten im Bayerischen Landtag ansprechen. Inzwischen gibt es sogar eine Regierungsfraktion in unserer Mitte! Vielleicht sollte diese einmal ihre Mehrheit im Bayerischen Landtag darauf ansprechen, ob man an dieser Stelle nicht die Gemeindeordnung nachjustieren muss. - (Teilweise Beifall) - Die Posten könnten politische Stellen werden und mit einer Art Ministerin oder Minister besetzt werden. Die Amtszeit liefe dann aber auch immer bei der nächsten Kommunalwahl ab und würde nicht wie jetzt grundsätzlich sechs Jahre dauern. So wie bei den Ministerinnen und Ministern käme es auch nicht auf die fachliche Qualifikation und das Alter an. Bei diesen fragt keiner. Minister in Bayern kann man mit 90 Jahren werden, ohne von irgendetwas eine Ahnung zu haben. Das ist kein Problem. Wir werden sehen, wer heute wieder alles zu Minister und Ministerin ernannt wird, ohne Ahnung zu haben. Das entscheidet sich in diesen Stunden. Dort fragt niemand aus beamtenrechtlicher Perspektive nach.

Wenn wir das machen, bekommen wir riesige Probleme. Vielleicht sollte man die Gemeindeordnung anpassen und eine Art Ministeramt daraus machen. Es käme dann nicht mehr auf die berufliche Qualifikation oder das Alter an, und die Wahlperiode liefe analog zu der des Oberbürgermeisters. Das wäre wenigstens ehrlich. - (Teilweise Beifall) - Ob es gut ist, ist eine ganz andere Frage. Es wäre aber ehrlicher als das, was wir momentan machen. Was wir jetzt machen, ist wirklich pseudo.

In dieser Runde finden wir etwas ganz Konkretes schlecht. Das Problem der Neubesetzungen wurde bisher immer durch folgenden Usus abgemildert: Wenn Referentinnen oder Referenten im Amt ihre Arbeit gut und ohne Probleme gemacht haben und diese parteiübergreifend als fachlich gut bewertet wurde, blieben sie - unabhängig von gegebenenfalls neuen Mehrheitskonstellationen - im Amt. Nach wie vor ist das beamtenrechtlich eine fachliche Stelle. Das war gut für die Stadt, weil die Referentinnen und Referenten schon anwesend und eingearbeitet waren und gut gearbeitet haben. Man hat sozusagen nicht aus parteitaktischen Gründen die Pferde gewechselt.

Es wird Sie jetzt wenig überraschen: Ein herausragendes Beispiel ist der einzige Referent, den wir gestellt haben. Horst Haffner war zwölf Jahre lang Baureferent. Er war übrigens der direkte Vorgänger von Frau Hingerl. So lange ist das also noch nicht her. Anfang der 90er Jahre hat die FDP einmal zur Mehrheit gehört. Damals wurde Horst Haffner gewählt. Nach sechs Jahren war die FDP schon lange nicht mehr Teil der Gestaltungsmehrheit. Horst Haffner wurde aber wiedergewählt, weil er den Job schlicht gut gemacht hat. Es gab auch Gegenbeispiele. Manche Referentinnen und Referenten wurden nicht wiedergewählt, obwohl sie der „richtigen“ Partei mit Mehrheit angehörten, weil sie ihren Job nicht gut gemacht haben. So etwas gibt es auch. Es kommt eben auf die Tätigkeit und die Qualifikation an.

Was wir heute machen, durchbricht leider diesen Usus. Mit Herrn Dr. Dietrich haben wir einen anerkannt guten, über die Parteigrenzen hinweg geschätzten Referenten. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP - BAYERNPARTEI) - Dummerweise gehört er nicht mehr der regierenden Mehrheit an und wird deswegen aus rein parteitaktischen Gründen aus dem Spiel genommen. Das kritisieren wir. Es kommt übrigens auch in der Öffentlichkeit sehr schlecht an. Ich habe schon einige Mails von Bürgerinnen und Bürgern zu diesem Thema bekommen. Sie sagen, sie könnten das überhaupt nicht mehr nachvollziehen. Wenn es sich um ein fachliches Amt handelt und die Besetzung fachlich gut ist, warum wird sie dann gewechselt? Das verstehen die Leute nicht. - (Teilweise Beifall) - Wir verstehen das auch nicht. Deswegen werden wir diese Wahl nicht unterstützen und nicht mittragen. Herzlichen Dank! - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI)

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind ein demokratisch gewähltes Gremium. Hinter uns stehen jeweils Wählerinnen- und Wählerstimmen. Mit diesem politischen Auftrag agieren wir hier. Wir agieren natürlich auch hinsichtlich der Personalbesetzung mit einem politischen Auftrag. Wir suchen Personen aus, die inhaltlich qualifiziert und kompetent sind. Außerdem schauen wir politisch darauf, wie die von uns vertretenen Ziele und Werte mit

den Personen, die sie an sehr verantwortlicher Stelle umsetzen, in Übereinstimmung gebracht werden können.

Es geht hier um demokratische Entscheidungsprozesse. Bei diesen demokratischen Entscheidungsprozessen bzw. bei den Wahlen von Referentinnen und Referenten gibt es die Möglichkeiten, auszuschreiben oder die Wahl direkt ohne Ausschreibung vorzunehmen. Von diesen Optionen wird im Einzelfall auf die eine oder andere Weise Gebrauch gemacht. Alle großen Fraktionen sind schon einmal den einen oder anderen Weg gegangen. Als wir unseren Amtseid als Stadtratsmitglieder abgeleistet haben, haben wir ihn auch auf die Selbstverwaltung abgelegt. Die kommunale Selbstverwaltung Münchens und die Entscheidungsspielräume sind für uns ein hohes Gut. Natürlich müssen wir uns an Recht und Gesetz halten. Wir finden es aber falsch, wenn außerhalb des Stadtrats versucht wird, unsere Ermessensspielräume einzuengen.

Unserer Meinung nach geschieht das aus eher kurzfristigen parteipolitischen Gründen. - (Beifall von StRin Lux) - Mich hat es schon sehr gewundert, dass die CSU-Fraktion, die natürlich Personen mit Parteibuch, Personen ohne Ausschreibung und Personen ohne besonders große Führungserfahrung gewählt hat, plötzlich eine ganz andere Sicht der Dinge entwickelt. Sie sagen, Sie wollten das nur klären. Sie wollten es aber natürlich in eine bestimmte Richtung bringen. Das ist Ihnen nur sehr partiell gelungen. Beim Kreisverwaltungsreferat und beim Personal- und Organisationsreferat sind Sie in der Frage, ob wir direkt wählen dürfen oder ausschreiben müssen, krachend gescheitert. Es ist nicht abwegig, in diesem Vorgehen eine bestimmte Doppelmoral zu sehen. Es lässt sich auch die Intention herauslesen, die Spielräume der kommunalen Selbstverwaltung zu schwächen. Das kann man machen. Ich halte dieses Vorgehen aber für falsch. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Sehen wir uns an, wie bisher bei grünen Vorschlägen vorgegangen wurde. In einem Fall gab es ein Ausschreibungsverfahren. Das war beim Mobilitätsreferat. Daneben fanden wie bei Herrn Kraus Besetzungen mit kompetenten Personen statt, die ein grünes Parteibuch haben. Es gab auch zwei Besetzungen ohne Parteibuch. Das sind Einzelfallentscheidungen. Vorhin wurde es schon gesagt: In einer Großstadt wie München mit mehr Einwohner*innen als manches Bundesland und einem Budget von fast 10 Mrd. € haben die Referentinnen und Referenten gewissermaßen partiell den Charakter von Stadtminister*innen.

Rechtlich haben diese Posten natürlich eine Zwitterstellung zwischen einer normalen laubahnrechtlichen Beamtenposition und einer politischen Position. Herr Dr. Hoffmann hat diese Problema-

tik angesprochen. Dass es hier auch um politische Fragen geht, haben einschlägige Gerichtsurteile und die einschlägige Literatur bestätigt.

Ja, es gab in den letzten Jahrzehnten so etwas wie Pseudo-Ausschreibungen. Es gab sogar Ausschreibungen, als eine Referentin wiedergewählt wurde. Ich glaube, das war in der vorvorletzten oder in einer noch früheren Wahlperiode. Unabhängig von Regierung und Opposition wurde dieses Verfahren von der großen Mehrheit irgendwann als nicht mehr sehr zielführend betrachtet. Man hat festgelegt, in bestimmten Fällen auszuschreiben, aber nicht in in allen Fällen. Ich finde das ist ein abgewogenes Verfahren.

Wenn relativ klar feststeht, welche Person das Amt aufgrund ihrer Qualifikation bekommen sollte, sollte nicht unbedingt noch eine Ausschreibung durchgeführt werden. Ich habe davon gesprochen, dass es früher eine Art Pseudo-Ausschreibung gab, die wir nicht unbedingt erneut anstreben sollten. Wenn wir ausschreiben, sollte es eine wirkliche Ausschreibung sein. Wir werden uns anschauen, wer sich bewirbt. Die Art, in der ich zitiert wurde, entsprach nicht meiner Intention. So habe ich das nicht gesagt. Wenn Sie das in den falschen Hals bekommen haben, entschuldige ich mich dafür. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

Ich will noch zu einem Fall bzw. zu einer Person etwas sagen. Ich möchte keine große Debatte mehr über das Rechtliche und die Stellungnahme der Regierung von Oberbayern zum Baureferat führen. Die Regierung von Oberbayern hat für uns überraschend mitgeteilt, dass eine Besetzung mit dieser konkreten Personalie ohne Ausschreibung nicht möglich ist. Es gab dazu einen Abwägungsprozess. Unsere Kandidatin Frau Hanusch hat aus meiner Sicht noblerweise ihre Bewerbung zurückgezogen, um das wichtige Baureferat nicht wegen rechtlicher Streitigkeiten hinsichtlich der Besetzung hinzuhalten. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) - Für mich war das aber ein beispielloser und enttäuschender Vorgang. Wir hatten das Gefühl, aus einem sehr kurzfristigen parteipolitischen Kalkül sollte eine Person beschädigt und ihr geschadet werden.

Das habe ich in diesem Kollegialorgan bisher in dieser Form nicht erlebt. Dass wir politische Debatten führen, in welcher Richtung eine Person steht und ob man sie für geeignet hält oder wählt - geschenkt. Das kann man gerne machen. Über derartige Umwege zu versuchen, eine Person zu verhindern, ist aber nicht das, was ich mir unter einer kollegialen Zusammenarbeit vorstelle. Gerade bei einer Person, die sich durch Integrität, Kollegialität und fairen Umgang auszeichnet, die unbestritten inhaltlich kompetent ist und eine ausgezeichnete Baureferentin gewesen wäre - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste) -, hat mich das schon in einer gewissen Weise schockiert. Ich kann

für mich und meine Fraktion sagen: Herr Pretzl, wir werden das nicht vergessen. Vielen Dank.
- (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht dafür bekannt, die CSU zu verteidigen. Über den letzten Satz bin ich aber wirklich irritiert. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Sie sagten, wir seien ein Kollegialorgan und Sie würden das nicht vergessen. Vielleicht vergesse ich auch einiges nicht, was die Koalition mit uns macht. - (Zwischenrufe - Heiterkeit) - Das ist aber eine andere Frage.

Ich möchte auf zwei Punkte hinweisen. Erstens: Wir haben schon immer Ausschreibungen gefordert. In der Pressemitteilung der Grünen am Freitag musste ich leider lesen, das Verfahren sei undemokratisch. Das stand dort nicht wörtlich, aber es kommt aus dieser Pressemitteilung heraus. Ich finde das überhaupt nicht. Ein Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren vor dem Stadtrat ist weder undemokratisch noch in irgendeiner Weise falsch. Das verstehe ich überhaupt nicht.

Zweitens: Die Stadtverwaltung ist neutral. Das betrifft alle drei großen Fraktionen. Ich finde es wirklich unsäglich, dass in manchen Ausschüssen von „meinen“ oder „unseren“ Referenten gesprochen wird. Die Stadtverwaltung ist neutral. Das sind nicht „unsere“ Referenten, sondern die Referentinnen und Referenten des Stadtrats.

Eine Ausschreibung hätte übrigens auch eine stärkere Legitimation zur Folge. Wir haben uns alle Referentinnen und Referenten angesehen. Wir werden sie heute nicht mitwählen, finden Einzelne aber durchaus hochqualifiziert. Sie hätten ein Auswahlverfahren locker überstanden. Ich frage mich, warum sie sich nicht einfach einem Auswahlverfahren stellen. Damit ergäbe sich innerhalb des Kollegialorgans eine stärkere Legitimation.

Unter OB Ude waren Ausschreibungen übrigens normal. Man kann Politik nicht ohne historischen Blick machen. Die Debatte begann mit der Frage, ob bei einer Wiederwahl eine Ausschreibung stattfinden muss. Hier hat man sich wohl darauf verständigt, das nicht zu machen. Sonst war es aber völlig normal, ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen.

Zum Schluss: Ich finde es sehr passend, dass wir heute im Showpalast sind. - (Teilweise Heiterkeit) - Das war wirklich eine große Show. Da muss ich der CSU jetzt eine mitgeben. Ich finde, Ihr legt Euch das schon ein bisschen zurecht, egal ob Ihr in der Opposition oder in der Regierung

seid. Daher passt es sehr gut, dass wir im Showpalast sind. Jetzt fehlt nur noch der Laufsteg, auf dem die Kolleginnen und Kollegen sich vorstellen können. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen: Es macht mir durchaus Spaß, in rhetorisch spannende Debatten zu gehen. Ich habe mir aber vorgenommen und werde mich hoffentlich auch daran halten können, eine sehr ruhige Rede zu halten.

Vielleicht muss ich die Rhetorik aber heute gar nicht bemühen. Manche Dinge sprechen eigentlich für sich. Ich wollte es nicht ansprechen, aber nach der Wortmeldung des Kollegen Dr. Roth ist etwas nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Vorsitzende der größten Stadtratsfraktion spricht von Scheinausschreibungen. Ehrlich gesagt nehme ich Ihnen Ihre Entschuldigung heute nur mit großer Mühe ab. Ich versuche, mich immer am Guten im Menschen zu orientieren. Nachdem diese Äußerung durch alle Medien gegangen ist, hat der Nachdenkprozess vier Tage gedauert. Erst dann haben Sie erkannt: Im Kommentar der Gemeindeordnung, auf die Sie vereidigt wurden, steht, dass Scheinausschreibungen rechtswidrig sind. Deswegen hätten Sie sich vielleicht etwas schneller davon distanzieren sollen. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Ich wollte eigentlich auch nichts dazu sagen, dass die Wählbarkeit der Baureferentin angeblich durch das Direktorium geprüft wurde und das Direktorium das bestreitet. Diesen Widerspruch müsste man vielleicht ebenfalls diskutieren. Außerdem wollte ich eigentlich nichts zu dieser vollkommen enthemmten und jähzornigen Sprache sagen, die wir in den letzten Tagen erleben mussten. Sie ist in den Presseerklärungen und in den Medien nachzulesen. Ich habe gelesen, der grüne Stadtverband - Zitat von Florian Roth - sprach von einer „Volte der Regierung“. Nachdem die Regierung dem CSU-geführten Staatsministerium des Innern untersteht, habe sie gemeinsam mit der CSU-Stadtratsfraktion ein Komplott geschmiedet, um demokratische Prozesse im Rathaus zu unterminieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für mich eine Enthemmung der Sprache! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Der Kollege Dr. Roth warf uns Doppelmoral vor. Wie aber soll es bezeichnet oder mit politischer Redlichkeit in Verbindung gebracht werden, wenn einem städtischen Referenten erklärt wird, dass die Fraktion, die das Vorschlagsrecht hat, diesen nicht wieder wählen wird? Das kann gemacht werden. Das ist legitim. Dann werden aber in den sozialen Medien Krokodilstränen verdrückt, weil er sich einen anderen Job gesucht hat und der Abgang bedauert wird. Selten hat der Spruch „Si tacuisses, philosophus mansisses“ so zugetroffen wie heute. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Mir sind auch die Inhalte wichtig. Das nimmt vielleicht die Emotionen der letzten Tage heraus. Wie übrigens alle großen anwesenden Parteien, haben wir zu Ausschreibungen unterschiedlich argumentiert. Herr Oberbürgermeister, Sie haben im Ältestenrat angekündigt, dass Ihre Mitarbeiter schöne Zitate herausgesucht haben, wer, was, wann einmal gefordert hat. Das bestreiten wir ausdrücklich nicht. Ich respektiere die Haltung von DIE LINKE./Die PARTEI und von ÖDP/München-Liste, die die Ausschreibung zu einer politischen Frage und zu einer Frage von Transparenz und politischem Stil gemacht haben. Je nach Regierungs- oder Oppositionszugehörigkeit ist es logisch, das unterschiedlich zu sehen.

Ich zitiere Herrn Dr. Roth, der sagte, es müsse prinzipiell nicht in jedem Fall ausgeschrieben werden. Es habe auch Fälle gegeben, in denen wir einer Nichtausschreibung zugestimmt hätten. Das habe sich aber auf bewährte Referentinnen und Referenten bezogen, die schon im Amt waren. ... Die Ausschreibung sei die Regel. Man könne davon absehen, wenn es nur eine qualifizierte Person gebe und kein anderer in Frage käme, weil die Person so herausgehoben sei. Bei aller Wertschätzung für Herrn Dr. Böhle und Frau Zurek, hier sei es nur schwer begründbar. Zitat Ende.

Ich verstehe das, denn es war die gleiche Situation wie jetzt. Damals hielt man eine Nichtausschreibung für nicht begründbar und jetzt hält man sie für begründbar. Das ist eine politische Debatte. Wenn ich mir die letzten Referentinnen- und Referentenwahlen anschau, gestehe ich ausdrücklich zu, dass wir uns in einem politischen Feld befinden. Damals schrieben wir die Position von Steffi Jacobs und Dr. Alexander Dietrich aus. Wir hatten für die Position von Kristina Frank und Clemens Baumgärtner ein Vorschlagsrecht und nicht ausgeschrieben, weil wir überzeugt waren, es nicht zu brauchen.

Ich möchte herausstellen, dass wir in dieser Amtsperiode weder die fehlende Ausschreibung des Stadtschulrats noch die der Gesundheitsreferentin monierten. Der Posten des Mobilitätsreferenten wurde ausgeschrieben. Wahrscheinlich habe ich einen bereits gewählten Referenten vergessen, bei dem wir ausdrücklich keine Ausschreibung gefordert hatten. Zunächst haben wir für die Wahl der Baureferentin oder des Baureferenten keine Ausschreibung gefordert. Das ist ein wesentlicher Punkt. Wir haben die Regierung von Oberbayern gebeten, die fachliche Qualifikation der Kandidatin zu überprüfen. Das ist kein undemokratischer Vorgang und in der Vergangenheit schon in zwei Fällen passiert, bei Boris Schwartz und Dr. Gertraud Burkert.

Ich verwehre mich deutlich dagegen, dass das ein persönlicher Angriff gegen die grüne Fraktionsvorsitzende sein solle. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER) - Wer für so ein herausgehobenes

politisches Amt kandidiert, muss sich eine politische und formale Überprüfung gefallen lassen. Das ist ein normaler, politischer Prozess, unabhängig davon, ob man eine Person als Fraktionsvorsitzende respektabel findet, wertschätzt oder nicht. Ich möchte verhindern, dass es mir wieder in die Schuhe geschoben wird: Ich vergleiche beide Tatsachen nicht, aber in der Vergangenheit haben sich die Grünen die vorgeschlagenen Referentinnen und Referenten ebenfalls sehr gründlich angeschaut. Nichts anderes haben wir getan.

Die Frage der Ausschreibung hat die Regierung von Oberbayern aufs Tapet gebracht. Vielleicht hätten wir die Frage, ob die Posten des Kreisverwaltungs- oder des Personalreferenten ausgeschrieben werden sollten, nicht gestellt, wenn wir die weiteren Seiten des Regierungsschreibens gekannt hätten. Ich verstehe den Oberbürgermeister, der im Ältestenrat erklärt hat, warum er es aus bestimmten Gründen nicht habe tun können. Aufgrund der ersten beiden Seiten ergab sich für uns, dass es sich um keine politische, sondern um eine juristische Fragestellung handeln könnte. Das sage ich ausdrücklich gegen die DIE LINKE./Die PARTEI und die ÖDP/München-Liste. Deshalb haben wir die Regierung von Oberbayern um Prüfung gebeten, ob auch hier ausgeschrieben werden müsse. Das war keine Forderung, keine Haarspalterei oder was sonst noch alles in den sozialen Medien kolportiert worden ist, sondern normales oppositionelles Verhalten.

Ich mache einen Einschub, denn Sie werden hier sehr inkonsequent: Einerseits wird von einem formalen Kollegialorgan gesprochen. Das sind wir. Seit Mitte der 90er Jahre wird aber klar zwischen Regierung und Opposition unterschieden. Ich nehme uns ausdrücklich nicht aus. Das schließt natürlich ein, was Sie sagen, Herr Kollege Dr. Roth, dass inhaltlich kompetente Menschen Ihre Werte vertreten. Ich frage mich zwar, an welcher Stelle Dr. Alexander Dietrich Ihre Werte nicht vertritt, aber das ist eine andere Frage. Ich konnte bisher keinen Dissens feststellen.

Wer das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition beansprucht, muss ertragen, dass eine Opposition die ihr zustehende Rolle einnimmt, nämlich die Regierung zu kontrollieren. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER) - Sie haben von uns kein negatives Wort gegen Anna Hanusch gehört, und wir werden das auch in Zukunft nicht äußern. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Kollege Dr. Roth, ich wäre heute auf die Frage der Ausschreibung nicht eingegangen, aber in diesem Punkt stimme ich Ihnen zu: Der Rückzug von dieser Bewerbung hat mir Respekt abgenötigt! Es ist nicht einfach, ein angestrebtes Amt nicht zu erreichen. Ich kenne das, weil ich auch einmal ein Amt verloren habe, das ich gerne weiter gehabt hätte. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Ihre Conclusio kann ich in keinster Weise mittragen. Die Debattenkultur der letzten Tage und das vollkommen Unbeherrschte und sprachlich Entgleisende haben mich etwas ratlos zurückgelassen. Es gab keine persönlichen Beleidigungen, und wir haben lediglich eine Person, die sich in diese exponierte Position gebracht hat, rechtlich überprüft.

Die Prüfung hat aber ein Gutes: Beide Stellungnahmen der Regierung von Oberbayern geben uns einen Leitfaden, wie in Zukunft mit solchen Bewerbungen umzugehen ist. Ich sage das juristisch laienhaft: Kandidatinnen und Kandidaten mit einem zweiten Staatsexamen und Verwaltungserfahrung in herausgehobener Position haben ein gewisses Alleinstellungsmerkmal. Eine Besetzung ohne Ausschreibung wäre rechtlich zulässig. Ich rede nicht davon, was politisch gewollt wird. Bestehen bei Kandidatinnen und Kandidaten Zweifel, ist zwingend auszuschreiben. Gleichzeitig ermöglicht es besser qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten eine Konkurrentenklage. Das leite ich zumindest aus den Entscheidungen der Regierung von Oberbayern ab.

Solange diese Rechtslage besteht, muss man sich eine kritische Überprüfung gefallen lassen. Das gilt vor allem, wenn Kandidatinnen und Kandidaten aus politischen Gründen nicht gewählt werden, und aus dem Wahlergebnis ein Auftrag abgeleitet wird, um eigene, politisch genehme Leute in diese Position zu bringen. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Bei dem letzten Punkt meiner Rede könnten wir uns sogar einig werden: Es stellt sich die Frage, ob das von mir eben skizzierte rechtliche Gerüst für eine Stadt wie München geeignet ist. Ist die Konstruktion eines Gemeinderates bei einer Millionenstadt mit 1,5 Mio. Einwohnern, mit über 40 000 Beschäftigten, mit Tochtergesellschaften, die sich börsennotiert wahrscheinlich im MDAX befänden, und mit einem Haushalt von 7,5 Mrd. € noch zeitgemäß? Ist die Gleichstellung mit einer kleinen Gemeinde – ich nenne keine Stadt oder Gemeinde, um diese nicht zu beleidigen – noch zeitgemäß? Wir bieten an, mit der Stadtratsmehrheit zu überlegen, welche Forderungen an den Gesetzgeber gestellt werden könnten. Dazu bräuchte es allerdings eine breite Mehrheit im Stadtag. Wir werden kein Lex München erlassen, wenn es von den anderen Kommunen nicht mitgetragen wird. Wir sind jederzeit zu konstruktiven Gesprächen bereit, und wir können über Änderungen nachdenken. Wir würden das in unserer Partei vertonen. Ich kann dem Kommentar von Sascha Karowski, ich glaube es war im *Merkur* oder in der *tz*, nur zustimmen.

Es wäre uns viel erspart geblieben, wenn das Thema in den letzten Tagen etwas weniger emotional gesehen worden wäre, und man nicht mit überdrehten Pressemitteilungen und Kommentaren in den sozialen Medien agiert hätte. Ich habe bewusst versucht, mich sehr sachlich zu fassen. Das

ist den Ämtern und den Personen angemessen. Vielen Dank! - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich, dass diese Debatte anders abläuft, als ich es befürchtet habe. Ich beziehe mich auf Deine letzte Passage, lieber Manuel Pretzl, gemeinsam über die künftige Besetzung der Ämter nachzudenken. Das halte ich für eine gute Initiative. Ich bin wirklich überrascht, dass so etwas nach dem Theaterdonner der letzten Tage kommt. Ich möchte nicht noch einmal resümieren, wer, wo, wie, wann am emotionalsten war, aber Eure Seite des Hauses war an der Geschichte nicht so unbeteiligt, wie es gerade dargestellt wurde. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Im Interesse des Themas nimmt unsere Fraktion das Angebot an, noch einmal darüber zu diskutieren, wie die wichtigsten Positionen neben dem Oberbürgermeister und den zwei Bürgermeisterinnen künftig besetzt werden sollen. Dann könnten auch Personen gewählt werden, die nicht die übliche Laufbahn durchlaufen haben. Es könnten breitere Qualifikationen einbezogen werden. Die hätte ich zum Beispiel bei der Kollegin Anna Hanusch ausdrücklich gesehen. Unsere Fraktion bedauert ihren Rückzug. Wir hätten sie für eine absolut fähige Baureferentin gehalten. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Ich finde es katastrophal, wie hier von Parteimitgliedschaft gesprochen wird. Ich sage bewusst nicht Parteibuch, weil das despektierlich ist. Ich sage das als Vertreter der Partei, die tatsächlich noch auf das Parteibuch stolz ist. Wir überreichen vermutlich als einzige Partei tatsächlich noch ein Buch. Wir müssen uns genauer anschauen, warum man Mitglied in einer Partei wird. Ich möchte mich nicht zu sehr auf die Weltpolitik beziehen, aber schauen Sie sich die vielen Staaten auf dieser Welt an. Es ist völlig wurscht, welche Partei man gründen mag. Mit dem Beginn der Gründung ist man nicht mehr frei. Deswegen sind die verschiedenen Geisteshaltungen auf Basis unseres demokratischen Gemeinwesens, die wir durch die Parteimitgliedschaft dokumentieren können, eine hohe Errungenschaft! - (Beifall von SPD/Volt)

Schauen Sie sich weltweit die Abstimmungen in vielen Parlamenten und Stadtparlamenten an! Es ist eine Katastrophe, dass Parteibücher oder Parteimitgliedschaften, außer einer einzigen, nicht mehr zugelassen sind. Bitte äußern Sie sich nicht mehr despektierlich über Parteimitgliedschaften in unserem Land! - (Beifall von SPD/Volt) - Erstens ist die Mitarbeit in einer Partei grundgesetzlich geschützt. Zweitens macht es einen demokratischen Wettstreit und eine Meinungsvielfalt möglich, auch wenn mir nicht immer alle Meinungen passen. Es ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern

dieses Landes eine demokratische Berechenbarkeit. Sie wissen, wenn sie diese oder jene Partei wählen, wählen sie auch diesen oder jenen politischen Akzent. Zum Glück basiert das auf einem demokratischen Gemeinwesen, zumindest was die großen und meisten Fraktionen in diesem Haus betrifft. Eine Parteimitgliedschaft kann Positives bewirken und dokumentieren, in welche politische Richtung wir gehen wollen. Deswegen bekenne ich mich dazu, mit der Wahl der Referentinnen, Referenten, Stadtministerinnen oder Stadtminister eine politische Richtung mitzuwählen.

Ich könnte Ihnen ad hoc diverse Themen, Sach- und Rechtsgebiete nennen, in denen es eine wesentliche Akzentuierung bedeutet, wie diese oder jene Person das Amt ausübt. Ich tue es bewusst nicht, um keine weitere Debatte auszulösen. Es ist absurd, von einer Neutralität der Stadtverwaltung zu reden. - (Beifall von SPD/Volt) - Jedes Gesetz und jede vom Stadtrat geschaffene Grundlage kann so oder so ausgelegt und weiterentwickelt werden. Deswegen stehen wir dazu, die Versprechen an unsere Wählerinnen und Wähler in unserer Politik umsetzen zu wollen. Nicht zuletzt macht sich das an den Personen deutlich, die wir heute zu wählen gedenken.

Zur Ausschreibung: Natürlich sind wir für eine Auswahl, unabhängig davon, ob in einer Zeitung ausgeschrieben worden ist. Zeitungen sind sowieso Schnee von gestern. Wer liest die noch? Eine Ausschreibung kann immer auf einer Webseite der Landeshauptstadt München veröffentlicht werden. Warum muss man an dieser Ausschreibung festhalten, die letztendlich nur eine Veröffentlichung auf der Webseite der Landeshauptstadt München darstellt und gegen die wir uns nicht wehren? Am Ende ist der Zeitpunkt vor der Wahl einer Referentin oder eines Referenten entscheidend. Jedes Stadtratsmitglied kann bis dahin Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen. Sagen Sie bitte nicht, wie undemokratisch alles ist, sondern schlagen jemanden vor, der gewählt wird oder nicht!

Wir werden auch jemanden vorschlagen. Wir haben uns abgesprochen, wen wir ins Rennen schicken. Wir gehen natürlich davon aus, dass die grün-rote Regierungsmehrheit unsere Kandidatin oder unsere Kandidaten wählen wird. Trotzdem können Sie jederzeit noch Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen. Ich halte die vorher kursierenden Schreiben für absurd, in denen mitgeteilt wird, ich kandidiere nur, wenn ausgeschrieben und das auf einer Webseite der Landeshauptstadt München veröffentlicht wird. Wann sollte die Ausschreibung von der Webseite wieder entfernt werden? Heute um 10 Uhr? Mit Eintritt in die Wahl wäre die Ausschreibung beendet.

Deshalb führen wir hier eine völlig absurde Gespensterdebatte. Wenn Sie eine Auswahl wollen, - das gilt vor allem für die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite - reißen Sie sich zusammen, und stellen eigene Kandidatinnen und Kandidaten auf! Das war in den letzten Jahren völlig

normal, ohne das vorher über eine fehlende Ausschreibung in der Zeitung oder auf der städtischen Webseite gejammert wurde.

Es handelt sich hier um keine beamtenrechtliche Ausschreibung, bei der ich meine Bewerbung zum Stichtag X um Mitternacht abgeben muss, um am Verfahren teilnehmen zu können. Die Ausschreibung endet, wenn die Vorschlagsliste für den Wahlgang geschlossen wird. Die Ausschreibung wird über die Medien verfolgt, weil jeder weiß, wann Stadtministerinnen, Stadtminister, Referentinnen oder Referenten gewählt werden. Das ist heute Vormittag. Bitte schlagen Sie diejenigen vor, die Ihrer Meinung nach besser für die Positionen geeignet wären, um einen entsprechenden Wahlgang zu ermöglichen.

Alles weitere halte ich für obsolekte Debatten. Für uns ist es kein Thema, Positionen auf einer Webseite der Landeshauptstadt München auszuschreiben. Letztendlich muss jeder Bewerberin und jedem Bewerber klar sein, dass sie oder er im Münchner Stadtrat eine Mehrheit bekommen muss. Dieses demokratische Verfahren beginnen wir heute und beenden es mit der Wahl einer Kandidatin oder eines Kandidaten. Wir hoffen, dass unser Kandidat bzw. auch eine Kandidatin der Grünen gewählt wird. Die Mehrheiten in diesem Haus sind von den Wählerinnen und Wählern gesetzt worden. Das ist kein Unding, sondern demokratischer Usus. Es gibt ein Ende dieser Wahlperiode und dann werden die Karten neu gemischt. Die Debatte über fehlende Formalia ist an dieser Stelle nicht sachgerecht. Vielen Dank! - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Müller, wenn Sie geschwiegen hätten, wären Sie ein Philosoph geblieben. - (Allgemeiner Beifall - Heiterkeit) - Sie haben gerade eindrucksvoll bewiesen, dass Sie keine Ahnung haben, wie ein Bewerbungsverfahren abläuft, - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI) - und das als Vorsitzender einer sehr großen Stadtratsfraktion. Er hört leider nicht zu. Das macht aber nichts, weil es dann bei der Ahnungslosigkeit bleibt.

Eine Ausschreibung ist bis heute 10 Uhr nicht auf irgendeiner Webseite der Stadt München zu finden. Es gibt einen genau festgelegten, strukturierten und juristischen Prozess mit einer Bewerbung, einer Anhörung, einem Auswahlverfahren und so weiter. Bis zum Wahlbeginn können kurzfristig nur Personen aus der Mitte des Stadtrates benannt werden. Das gilt nicht für externe Bewerberinnen und Bewerber. Das, was Sie eben gesagt haben, Herr Müller, war völliger Humbug und zeigt, dass Sie sich nicht mit dem Thema beschäftigt haben. Wer gewählt wird, war von vornherein klar.

Ich möchte diese Einigkeit in Bezug auf die Problematik aufgreifen und noch einmal wirken lassen: Wo stehen wir im Stadtrat? Was sind unsere Aufgaben? Ist das Vorgehen für unsere Größe noch adäquat? Herr Müller sagte richtig, er wolle mit der gewählten Mehrheit politische Akzente setzen. Problematisch daran ist - dafür kann er nichts - das komische Auseinanderdriften der Wahlperioden der Referentinnen und Referenten und des Stadtrates bzw. des Oberbürgermeisters aufgrund der Vorgaben der Bayerischen Gemeindeordnung.

Es ist Ihr anerkanntes Ziel, Herr Kollege Müller, mit einer gewählten Mehrheit politische Akzente zu setzen. Warum darf ich das im Extremfall noch ein halbes Jahr vor Ende der Wahlperiode? Damit wirkt eine Referentin oder ein Referent fast die gesamte nächste Wahlperiode ohne politische Mehrheit. Dieses Problem sehen wir auch mit den im Amt befindlichen CSU-Referenten der letzten Wahlperiode. Es sollte darüber nachgedacht werden, beim Bayerischen Städtetag und beim Bayerischen Landtag einheitliche Wahlperioden, ähnlich denen der Ministerämter, anzuregen.

Es kann auch überlegt werden, ob diese Funktionsweise noch zu der Größe und Bedeutung unserer Stadt passt. Das ist in den Reden angeklungen und viele in der Öffentlichkeit sehen das so. Klar ist, dass die Städte Nürnberg und Augsburg dann eine ähnliche Regelung möchten. Die damit verbundene Frage der Grenze müsste dann eindeutig definiert werden. Für zahlreiche kleinere Gemeinden in Bayern ist die Situation sicherlich richtig. Unsere Gemeindeordnung besteht seit dem Zweiten Weltkrieg. Es stellt sich die Frage, ob die Zeit für eine umfassendere Reform gekommen ist. Wir sollten die Quintessenz des Theaterdonners der letzten Tage herausgreifen, diese an unsere Fraktionen im Landtag weitergeben, und schauen, ob wir über den Bayerischen Städtetag etwas verändern können. Vielen Dank!

OB Reiter:

Erlauben Sie mir ein paar Sätze zur heutigen Debatte! Ich beginne mit der positiven Nachricht des Tages: Ich sehe relative Einigkeit in der Notwendigkeit, die rechtlichen Voraussetzungen für die seit etwa 30 Jahren ausgeübte Praxis anzupassen. Es macht Sinn, ein Gesetz zu ändern, wenn erkannt wird, dass dieses seit vielen Jahren mit mehr oder weniger stichhaltigen Begründungen nicht eingehalten wird. Ich unterstütze es, gemeinsam mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag über die Änderung des Kommunal-Wahlbeamten-Gesetzes zu reden.

Natürlich handelt es sich um ein politisches Amt, wie der Kollege Müller zu Recht ausgeführt hat, und natürlich wird eine Verwaltung geleitet. Das tut der Minister auch, nur wird in dem Fall das politische Amt nicht bestritten. Der Minister ist Chef einer Behörde, auch wenn er sich einen Amtsleiter leistet. Das könnte ich auch von den Stadtdirektoren der Referenten behaupten. Insoweit ist es

nicht mehr zeitgemäß und nie zutreffend gewesen, so zu tun, als sei das ein reines Verwaltungsamt. Es ist zu Recht mehrfach ausgeführt worden, dass sich Regierungsmehrheiten unabhängig von der Zusammensetzung Spitzenpersonal suchen, damit nicht jede zweite Vorlage der Referentinnen und Referenten von der Stadtratsmehrheit abgelehnt wird. Das wäre unökonomisch und nicht zweckmäßig. Es kann niemand ernsthaft bestreiten: Das, was seit Jahren mehr oder weniger ausgeprägt erfolgt, wird der Position der Referentinnen und Referenten gerecht. Deswegen freut mich die Initiative der großen Fraktionen aus dem Münchner Stadtrat, in einem kommunikativen Prozess zu überlegen, wie künftig die Regelung gestaltet werden kann, um endlich einmal Klarheit zu haben. Dann könnte man sich diesen Showdown sparen. Ich werde das auch dem Ministerpräsidenten schreiben.

Ich bin auch für die zweite Anregung dankbar. Eine mit den Stadtratswahlen kongruente Laufzeit ist schon mehrfach versucht worden und hat nie richtig funktioniert. Ich weiß nicht warum. Es würde einer gewissen Logik folgen, wenn die Referentinnen und Referenten mit Ablauf der Regierung neu gewählt würden. Die heutige Diskussion kenne ich schon seit über zehn Jahren und sie müsste in Zukunft so nicht mehr geführt werden. Diese Änderung würde einmal eine gewisse Härte bedeuten, weil die im Jahr 2025 gewählten Referentinnen und Referenten nur einen Vertrag für ein Jahr hätten. Anschließend könnte die Amtszeit künftig kongruent laufen, sofern die Referentinnen und Referenten nicht aus anderen Gründen außerplanmäßig ausscheiden. Das hätte Vorteile. Wenn Sie einverstanden sind, werde ich dem Ministerpräsidenten diese beiden Argumente an die Hand geben, und ihm vorschlagen, mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag darüber zu diskutieren.

Diesen positiven Teil darf ich heute zu meiner Überraschung mitnehmen. Ansonsten unterstreiche ich, was der Kollege Müller gesagt hat: Wir sollten ehrlich diskutieren. Erstens darf eine Parteimitgliedschaft nicht immer ein Bonus sein, diese sollte aber auch nicht zum Malus deklariert werden. Zweitens muss ehrlich und offen gesagt werden, dass sich Regierungsmehrheiten Referentinnen und Referenten suchen, die ihre politischen Grundziele und Leitplanken mittragen. Das ist keine Überraschung. Insoweit war die heutige Diskussion zu erwarten. Es sollte aber auf die Tonalität geachtet werden, die zu meiner Überraschung sehr einheitlich durchgehalten worden ist, sodass wir vernünftig in die weitere Tagesordnung einsteigen können.

Ich will noch zwei mir wichtige Aspekte nennen: Es bleibt so latent hängen, wir hätten keine Auslese getroffen. Natürlich haben wir in den Fraktionen jeweils die Bestenauslese getroffen. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste) - Es darf nicht so stehenbleiben, dass wir irgendwelche Kandidatinnen und Kandidaten benennen, nur weil kein formales Ausschreibungsverfahren

stattgefunden hat. Ich würde diese sonst nicht unterstützen, weil ich mit ihnen zusammenarbeiten muss, und ich freue mich auf die Zusammenarbeit. Es hat mich geärgert, weil dieser Punkt medial immer so dargestellt wird. Dafür können wir nichts. Ich will auch die Medien dafür nicht schelten, denn die Zuspitzung dort ist normal und erforderlich. Es entsteht aber der Eindruck, wir drücken Zweite-Wahl-Kandidatinnen und -Kandidaten durch, nur weil sie unser Parteibuch besitzen. Das ist nicht der Fall! Wir stellen heute ausgezeichnete Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Es wäre ein großer Fortschritt, wenn das heutige Ergebnis, das Gesetz ändern zu wollen, Ehrlichkeit und Transparenz in die Diskussion bringt. Meine Fachabteilung und die Regierung von Oberbayern müssten nicht wieder über das Wochenende intensivst arbeiten. Jeder könnte sich wieder der vernünftigen Arbeit widmen, und wir könnten uns künftig diese Schattenboxen-Attacken sparen. Ich bedanke mich für die sachliche Diskussion, und ich freue mich auf die Kandidatinnen und Kandidaten. Wir können den Tagesordnungspunkt 1 abstimmen und den Rest präziser und schneller diskutieren. Nachdem Sie den Beschluss gefasst haben, dass es keine Ausschreibung geben wird, beginnen wir mit der Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber des Kreisverwaltungsreferates, des Personal- und Organisationsreferates und des Sozialreferates. Natürlich können sich weitere Bewerberinnen und Bewerber vorstellen.

Der mündliche Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, ÖDP/München-Liste, FDP - BAYERNPARTEI, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **abgelehnt**.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 2432 von Die PARTEI wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt** und ist damit **erledigt**.

Der Antrag des Referenten wird einstimmig **beschlossen**.

- Die Tagesordnungspunkte A 3, A 4 und A 5 werden gemeinsam behandelt. -

Nachbesetzung der Leitung des Kreisverwaltungsreferats

und

Nachbesetzung der Leitung des Personal- und Organisationsreferats

und

Nachbesetzung der Leitung des Sozialreferats

Aktensammlung Seite 2957 - 2962

OB Reiter:

Mit den Tagesordnungspunkten 3, 4 und 5 beschließen Sie jeweils den Verzicht auf die Ausschreibung. Im Anschluss schlagen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten vor, die sich dann wiederum vorstellen. - (Zwischenruf) - Diese Reihenfolge müssen wir einhalten und hat mit der rechtlichen Auskunft nichts zu tun. Ohne die mehrheitlichen Beschlüsse könnten wir nicht wählen.

Der Antrag des Referenten zu TOP 3 wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP – BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

Der Antrag des Referenten zu TOP 4 wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP – BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

Der Antrag des Referenten zu TOP 5 wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Wahl der Leitung des Kreisverwaltungsreferats Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung

Aktensammlung Seite 2963

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe die große Ehre und Freude, Frau Dr. Hanna Sammüller-Gradl für die Wahl zur Leitung des Kreisverwaltungsreferates vorzuschlagen. Sie ist eine ausgezeichnete Juristin mit großer Verwaltungserfahrung und eine sehr engagierte, politische Persönlichkeit.

Frau Dr. Sammüller-Gradl leitet in unserer Nachbarstadt Freising ein Amt mit ähnlichen Schwerpunkten. Sie ist in die Materie eingearbeitet, führt deutlich über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, kennt die Münchner Stadtverwaltung sehr gut aus der Innensicht, und hat im Kommunalreferat als Juristin gearbeitet. Frau Dr. Sammüller-Gradl hat sich jahrelang politisch engagiert, und sowohl in ihren politischen Ämtern als auch in ihrer jetzigen Tätigkeit Haltung gezeigt. Sie steht für Werte und Ziele, die auch die unseren sind. Sie steht für die Weiterentwicklung der Arbeit des Kreisverwaltungsreferats und dafür, Freiheit, Sicherheit und Ordnung in ein ausgeglichenes Verhältnis zu bringen. Sie steht für eine liberale, offene, vielfältige und moderne Stadtgesellschaft und für die Ziele, Vielfalt und Gleichstellung in den Vordergrund zu stellen, die Verwaltung zu modernisieren und im Sinne eines besseren Bürgerservices zu digitalisieren. Die formale und herausgehobene Eignung ist unwidersprochen. Sie erlaubt, auf ein Ausschreibungsverfahren zu verzichten. Das hat die Regierung von Oberbayern durch die vorbereitenden Anträge klargestellt.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Frau Dr. Sammüller-Gradl eine Mehrheit bekommt und wir in dieser Behörde, - über diesen Zwittercharakter kann man reden - die so etwas wie das Münchner Innenministerium ist, das erste Mal in der Geschichte der Stadt eine weibliche Innenministerin hätten. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt) - Das ist auch ein wichtiges Zeichen der Gleichstellung. Wir werben sehr für unseren Vorschlag. Wir sind stolz, unsere Stimme Frau Dr. Sammüller-Gradl zu geben und hoffen, dass sie heute zur ersten weiblichen Kreisverwaltungsreferentin gewählt wird. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schlagen auch Frau Dr. Sammüller-Gradl für die Leitung des Kreisverwaltungsreferates vor. Es ist ein bisschen unge-

wöhnlich, den Vorschlag noch einmal zu unterstreichen. Man muss sich diesen Lebenslauf anschauen, um zu verstehen, warum Dr. Hanna Sammüller-Gradl für diesen Posten so geeignet ist. Angesichts dessen war die Diskussion im Vorfeld nirgendwo so ungerechtfertigt wie an dieser Stelle. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste) - Ich kenne Hanna seit vielen Jahren und ich kenne keine klügere, wertschätzendere und geeignetere Kandidatin für diesen Posten. Deswegen war es mir und unserer Fraktion ein Bedürfnis, gleichberechtigt Frau Dr. Hanna Sammüller-Gradl für die Leitung des Kreisverwaltungsreferates vorzuschlagen. Wir bitten um Zustimmung. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

OB Reiter:

Weitere Bewerberinnen und Bewerber werden nicht vorgeschlagen. Ich bitte Frau Dr. Hanna Sammüller-Gradl, sich vorzustellen.

Für die, die es noch nicht gelesen haben: Es gibt ein neues Kabinett. Frau Schreyer verlässt das Ministerium. - (Unruhe - vereinzelt Beifall) - Ich sage nichts dazu. - (Heiterkeit) - Herr Christian Bernreiter, den ich seit vielen Jahrzehnten kenne, und Herr Markus Blume wechseln ins Kabinett. Ich wollte nur die Zeit überbrücken. Bitte schön!

Frau Dr. Sammüller-Gradl:

Sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Münchnerinnen und Münchner! Ich freue mich, meine Vorstellung heute mit einer Geschichte beginnen zu können, die so schön ist, dass sie fast ein Märchen ist, aber sie ist wahr. Vor acht Jahren habe ich mich bei der Landeshauptstadt München als Juristin beworben. Ich musste ein Assessment Center beim damaligen Personal- und Organisationsreferenten Herrn Dr. Böhle durchlaufen. Herr Dr. Böhle hat mir im Rahmen dieses Assessment Centers die Frage gestellt, „Frau Dr. Sammüller-Gradl, wie sieht Ihre Vision für München in acht Jahren aus?“ Ich habe gesagt, „Meine Vision ist, dass dann die Hälfte der Plätze auf der Referentenbank mit Frauen besetzt ist.“ - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Sie können sich vorstellen, wie dankbar ich bin, dass ich mich heute als Ihre Kandidatin für das Kreisverwaltungsreferat vorstellen darf und Ihnen meine Ziele näher bringen kann. Im Vorfeld zu meiner Kandidatur habe ich mit den meisten Fraktionen und vielen Stadträtinnen und Stadträten Gespräche geführt, um Ihnen zu vermitteln, wie ich mir das Kreisverwaltungsreferat vorstelle. Gleichzeitig haben mir die Fraktionen ihre Wünsche an das Kreisverwaltungsreferat mitgegeben. Vielen Dank dafür! Das war sehr erhellend und hat mir gezeigt, mit wie viel Herzblut Sie an dieser Behörde und an ihren Aufgaben hängen.

Die LINKE. hat mich zum Beispiel darauf angesprochen, dass die Situation der Sexarbeitenden verbessert werden müsse. Die FDP hat erwähnt, dass die Gewerbeanmeldungen vereinfacht werden müssten. Die CSU hat nach Möglichkeiten gefragt, der Gastronomie nach diesen harten Zeiten im Rahmen der Sondernutzungsgebühren unter die Arme zu greifen. Die SPD hat sich um lange Wartezeiten im Bürgerbüro gesorgt und die Grünen wollten wissen, wie bei einer künftigen IAA der öffentliche Raum gerechter verteilt werden könne.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, diese Gespräche haben mir nicht nur gezeigt, wie sehr Sie an den Aufgaben des Kreisverwaltungsreferats hängen, sondern auch klargemacht, warum ich diese Aufgabe so gerne machen möchte. Wir alle haben das Ziel, das Leben der Münchnerinnen und Münchner zu verbessern. Keine Behörde eignet sich dafür so sehr, wie das Kreisverwaltungsreferat. Das Kreisverwaltungsreferat ist das Referat mit den meisten Bürgerinnen- und Bürgerkontakten, egal, ob sie ins Bürgerbüro gehen, in die Ausländerbehörde oder ihr Kfz anmelden. Dabei wird ihnen das Kreisverwaltungsreferat immer als Behörde begegnen, die nicht nur Dienstleister ist, sondern auch Ratgeber. Aus diesen Gründen möchte ich den Zugang zum Kreisverwaltungsreferat vereinfachen.

Das Digitalgesetz, das gerade in den Startlöchern steht, ist dabei eine riesige Hilfe. Als Landeshauptstadt München will ich, dass der darin festgeschriebene Digital-First-Ansatz von uns als Vorreiterin zum Leben erweckt wird. Wir können aber auch die Services, die noch im Kreisverwaltungsreferat abgerufen werden, vereinfachen, insbesondere für Menschen, die nicht muttersprachlich deutsch sind. Selbst für Menschen, die mit Deutsch als Muttersprache aufgewachsen sind, ist es nicht leicht, sich zwischen dem Amtsdeutsch und den Formularen zurechtzufinden. Jede und jeder von uns kann sich vorstellen, wie es ist, wenn man nicht mit dieser Sprache aufgewachsen ist. Es entsteht ein Gefühl von Hilfslosigkeit und ein Machtgefälle.

Wenn wir die Mehrsprachigkeit im Kreisverwaltungsreferat weiter ausbauen und das nutzen, was Mitarbeitende an Potenzial mitbringen, werden wir letztendlich allen helfen, sowohl den Mitarbeitenden, weil die Termine wesentlich kooperativer ablaufen, als auch den Bürgerinnen und Bürgern.
- (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Das Kreisverwaltungsreferat ist aber auch noch in anderer Hinsicht ein ganz besonderes Referat: Es ist Verwalter des öffentlichen Raums. Der Ausgleich zwischen dem Raum, der der Öffentlichkeit zur Verfügung steht und dem Raum, der Sondernutzungen zur Verfügung steht, ist Aufgabe des Kreisverwaltungsreferates. Im Rahmen der Pandemie hat sich viel geändert. Die Bedürfnisse der

Stadtgesellschaft sind anders in den Vordergrund getreten. Das Kreisverwaltungsreferat hat hier sehr schnell agiert und sehr flexibel gehandelt. Jetzt ist es an der Zeit diesen Gestaltungsspielraum, der sich hinter Wörtern wie Sondernutzungssatzung und Sondernutzungsgebührensatzung verbirgt, auszuschöpfen, und zu sehen, wohin die Reise geht. Für diese Veränderung stehe ich mit Freude ein. Dazu gehört nicht nur die Frage, für welche Zwecke öffentlicher Raum entzogen wird, sondern auch die Frage, wie viel an die Öffentlichkeit zurückgezahlt werden muss, wenn öffentlicher Raum entzogen wird. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Als Verwalter des öffentlichen Raumes hat das Kreisverwaltungsreferat noch eine andere Aufgabe, nämlich dass jede und jeder sich in diesem öffentlichen Raum frei und sicher bewegen kann. München ist nach der aktuellen polizeilichen Kriminalstatistik wieder die sicherste Großstadt, aber darauf werden wir uns nicht ausruhen. Denn die Musik spielt für uns als kommunale Sicherheitsbehörde im präventiven Bereich. Hier wird entschieden, ob es letztlich zu repressiven Straftaten kommt oder nicht. Hierauf möchte ich den Fokus legen und nicht fragen, ob der präventive Bereich dieser Stadt für jeden und jede als gleich sicher wahrgenommen wird. Ist es nicht eher so, dass zum Beispiel Frauen, People of Colour oder Mitglieder der LGBTQI*-Community eine andere Wahrnehmung haben? - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Ein großer Dank geht an die Sicherheitsbehörden und an die Versammlungsbehörde. Ich finde es außerordentlich bemerkenswert, wie konsequent bisher gegen Personen vorgegangen wird, die entgegen der demokratischen Grundordnung Versammlungen nicht mehr anmelden, sicherheitsrechtliche Auflagen bewusst umgehen und ohne Anmeldungen durch unsere Stadt laufen. Das wird stets meine Unterstützung haben! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Liebe Stadträtinnen und Stadträte! Ich weiß, dass das Kreisverwaltungsreferat keine One-Woman-Show ist. Ich weiß auch noch aus meiner Zeit in München, wie wichtig Schnittstellen zu anderen Referaten sind. Ich würde mich sehr freuen, mit meinen kompetenten Kolleginnen und Kollegen von der Referentenbank zusammenzuarbeiten. Aus meiner Zeit in Freising, in der ich Führungsverantwortung hatte, weiß ich, dass eine Führungskraft immer nur genauso gut ist wie ihre Mitarbeitenden. In bewährter Tradition freue ich mich darauf, aus dem Erfahrungsschatz der Mitarbeitenden des Kreisverwaltungsreferat zu schöpfen und gemeinsam mit ihnen unsere Vision vom Kreisverwaltungsreferat umzusetzen.

Liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich bitte Sie an dieser Stelle um Ihr Vertrauen! Ich weiß nicht nur, wie man Wortungetüme wie Sondernutzungsgebührensatzung korrekt ausspricht, ich weiß

auch, wie man sie den Menschen so erklärt, dass sie verstehen was dahinter steckt. Ich weiß mit welcher Detailschärfe das Kreisverwaltungsreferat arbeiten muss.

Ich stelle diese Arbeit aber auch in einen größeren Kontext. Die Welt verändert sich stetig und die Gesellschaft verändert sich genauso schnell. Gott sei Dank! Es ist Aufgabe des Kreisverwaltungsreferates, das so nah an der Stadtgesellschaft dran ist, diese Veränderungen aufzugreifen. Ich stehe mit meiner Person dafür ein, diese Veränderung abzubilden und umzusetzen.

Zuletzt möchte ich Ihnen noch etwas aus meinen Gesprächen mit den Fraktionen zurückgeben, ganz egal, welcher politischen Couleur Sie angehören: Ich habe gemerkt, mit viel Herzblut Sie sich für die Belange der Münchnerinnen und Münchner einsetzen. Es wäre mir eine große Freude, mich Ihnen dabei als berufsmäßige Stadträtin anschließen zu dürfen. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

OB Reiter:

Vielen Dank! Mein Antrag beinhaltet in Ziffer 1 die Wahl der Leitung des Kreisverwaltungsreferates. Mit Ziffer 2 wird die Dienstaufwandsentschädigung des künftigen berufsmäßigen Stadtratsmitglieds festgesetzt.

Der Antrag des Referenten wird in Ziffer 1 gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste, FDP - BAYERNPARTEI, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

Im Übrigen wird der Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen**.

- Die Wahl der Leitung des Kreisverwaltungsreferats findet gemeinsam mit den Wahlen der anderen Referatsleitungen im Anschluss an die Debatte zu Tagesordnungspunkt A 9 statt (siehe S. 50ff.). -

Wahl der Leitung des Personal- und Organisationsreferats Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung

Aktensammlung Seite 2965

StR Müller:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage für das Amt des Personal- und Organisationsreferenten Andreas Mickisch vor. Die formalen Voraussetzungen sind hinlänglich geprüft worden. Er erfüllt aus unserer Sicht in hohem Maße auch persönlich die Voraussetzungen, um dieses Amt auszuüben. Er ist ein echtes Gewächs der Münchner Stadtverwaltung und hat dort eine ganze Reihe von Positionen durchlaufen. Er hat mitbekommen, was die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt bewegt, und mit welchen Themen sie sich täglich beschäftigen. Als er bei zwei Oberbürgermeistern gearbeitet hat, hat er umgekehrt auch mitbekommen, wie mit den Anliegen der Münchnerinnen und Münchnern umzugehen ist.

Als Stadtdirektor im Kreisverwaltungsreferat hatte er immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die vielen positiven Rückmeldungen, die wir über all die Jahre nicht nur aus dem Personalkörper des Kreisverwaltungsreferates bekommen haben, bestärkten uns, Andreas Mickisch ist die richtige Wahl für diese Position. Das offene Ohr, das betone ich, gilt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in nicht leitender und nicht so gut bezahlter Funktion. Er schaute immer darauf, dass wahrgenommen wird, welchen Dienst der Einzelne und die Einzelne in dieser Stadtverwaltung leistet, und wer, wo, mit welchen Aufgaben belastet ist. Mit belastet meine ich die Kolleginnen und Kollegen, die nicht das Glück eines eigenen Raumes haben, fernab vom täglichen Wollen und von den Sorgen und Nöten der vorsprechenden Bürgerinnen und Bürgern. Er kümmerte sich vor allem um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an vorderster Front.

Von den über 40 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München wollen wir den Blick auf diejenigen richten, die diese Stadt im Wesentlichen tragen und täglich ihre Arbeit vor Ort leisten. Weil uns diese Sichtweise im Personal- und Organisationsreferat wichtig ist, sehen wir in den nächsten sechs Jahren Andreas Mickisch als den richtigen Mann für diese Position. Deswegen bitten wir um breite Zustimmung. Vielen Dank! - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StR Dr. Roth:

Keine Angst, es kommt kein weiterer Vorschlag. Wir schließen uns mit Freude dem Vorschlag von SPD/Volt an. Wir kennen Herrn Mickisch schon lange und sehen seine breite Erfahrung in der Verwaltung der Landeshauptstadt München. Er möchte in ein Referat zurückkehren, das er schon kennt. Er kennt viele Referate. Er ist ein sehr kompetenter Mitarbeiter der Landeshauptstadt München. Er war auch schon stellvertretender Referent. Wir freuen uns sehr, uns diesem Vorschlag anschließen und Andreas Mickisch heute mitwählen zu können. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Stellv. Referent Mickisch:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeisterinnen, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats! Einige von Ihnen kennen mich schon ein bisschen länger, andere noch nicht so lang. Daher war ich in den letzten Wochen in fast allen Fraktionen, um mich vorzustellen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und Ihre Fragen zu beantworten. Sehr gern stelle ich mich heute noch einmal etwas ausführlicher vor.

Ich arbeite seit 21 Jahren für die Stadt München. Davor war ich zwei Jahre lang Rechtsanwalt in einer Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltsgesellschaft. Geboren wurde ich vor bald 50 Jahren hier in München. Ich bin hier aufgewachsen, hier in die Schule gegangen und habe hier auch Jura studiert. Ich bin verheiratet und habe drei Töchter und sogar schon einen Enkel.

Auch über meine Person hinaus bin ich sehr eng mit der Stadt verbunden: Schon mein Großvater hat nach Kriegsende als Trambahnfahrer für die Stadt München gearbeitet. Mein Vater ist Lehrer und war Schulleiter am Adolf-Weber-Gymnasium.

In meinen bisher 21 Jahren bei der Stadt München habe ich in vielen verschiedenen Funktionen und Positionen gearbeitet. Nach meinen Einsätzen im Baureferat und im Personal- und Organisationsreferat - ich war also schon einmal da! - und in der Stadtkämmerei als Leiter einer Unterabteilung, die die Grundsteuer festsetzt und erhebt, hatte ich die schöne Gelegenheit und große Ehre, mit gleich zwei Oberbürgermeistern eng zusammenzuarbeiten. Zunächst war ich stellvertretender Büroleiter bei Christian Ude. Danach arbeitete ich als Büroleiter des Referenten im Referat für Arbeit und Wirtschaft und später als Leiter des Büros des Oberbürgermeisters bei Dieter Reiter.

Ich bin seit Februar 2017 Leiter der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung, Prävention im Kreisverwaltungsreferat. In dieser Funktion nehme ich den Dank von Frau Dr. Sammüller-Gradl bezüglich des Versammlungsgeschehens gerne an. Ich leite diese Hauptabteilung mit mehr als 500 Be-

schäftigten, außerdem bin ich stellvertretender Leiter des Kreisverwaltungsreferats, das bekanntermaßen mehr als 4 000 Beschäftigte hat.

Schon in meiner Zeit als Referendar und Rechtsanwalt habe ich mich sehr fürs Arbeitsrecht interessiert und deshalb auch die Fachanwaltsprüfung für Arbeitsrecht abgelegt, ebenso wie die für Steuerrecht. So viel zu meinem Weg bis hierher.

Was aus München wird und wie es sich in München lebt, ist mir sehr wichtig. Eine gut funktionierende Stadtverwaltung ist elementar für unsere Stadtgesellschaft. Sie ist nicht Selbstzweck, sondern hat vor allem die Aufgabe, dazu beizutragen, dass diese Stadt zusammenhält. Dafür braucht es die richtigen Leute an den richtigen Stellen und die passenden Strukturen. Dazu gehören aber auch schlanke Prozesse und Bedingungen, unter denen sich reibungslos und vertrauensvoll zusammenarbeiten lässt. Dazu möchte ich beitragen.

Auf meinem bisherigen Weg habe ich einen breiten Überblick über die Stadtverwaltung gewonnen und viele Erfahrungen gesammelt. Ich habe Erfahrung damit, Strukturen zu schaffen und sie, wenn nötig, auch anzupassen. Ich bin überzeugt davon, dass gute und faire Arbeitsbedingungen Grundbedürfnisse der Menschen sind und dass man den Beschäftigten mit Respekt begegnen muss. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Sie, geehrte Damen und Herren des Stadtrats, haben das POR in den letzten Monaten in mehreren Grundsatzbeschlüssen damit beauftragt, die Personal- und Organisationsangelegenheiten der Landeshauptstadt München neu zu ordnen. Das Referat befindet sich deshalb gerade in einem für alle sehr herausfordernden Reformprozess, was Auswirkungen auf die gesamte Stadtverwaltung haben wird. Diesen Prozess werde ich fortführen und weiterentwickeln.

Einiges hat sich schon getan. Aktuell steht mit dem Erarbeiten des Ausplanungsbeschlusses der wichtigste Schritt an. Dafür braucht es einen engen Austausch mit den Personalvertretungen, den Geschäftsleitungen der Referate und den Eigenbetrieben. An einigen Stellen muss sich unbestreitbar etwas ändern. Das führt nach meiner festen Überzeugung aber nur auf Augenhöhe mit den Beschäftigten und gemeinsam mit der gesamten Stadtverwaltung zum Erfolg. Nur so finden die Veränderungen am Ende auch Akzeptanz und werden von allen gelebt werden; nur dann haben sie auch einen Mehrwert für alle.

Die Pandemie hat gezeigt, dass Homeoffice und ortsunabhängiges Arbeiten in vielen Bereichen hervorragend funktionieren. Das gilt es für die Zukunft weiterzuentwickeln. Ortsunabhängiges Ar-

beiten ist ein wichtiges Mittel, Familie und Beruf besser zu vereinbaren, einfach weil dadurch die Arbeitszeiten besser zum Leben passen. Außerdem ist es ein Beitrag zum Klimaschutz, wenn Fahrten wegfallen.

Genauso wichtig wie ortsunabhängiges Arbeiten wird es auch in Zukunft sein, vor Ort moderne Arbeitsplätze zu haben. Nicht jede und jeder kann gut von zu Hause aus arbeiten, teilweise schlicht mangels Platz. Natürlich brauchen wir aber auch Arbeitsplätze für alle diejenigen, deren Aufgaben sich nur vor Ort und im direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern erledigen lassen.

Damit die Stadtverwaltung zukunftsfähig bleibt und optimalen Bürgerservice bieten kann, muss gemeinsam mit dem IT-Referat auch die Digitalisierung weitergehen, etwa bei der Aktenführung, bei der technischen Ausstattung oder bei der Arbeitszeitverwaltung. Die Beihilfe-App z. B. zeigt, wie hervorragend IT-Lösungen funktionieren können. Die digitale Arbeitszeitverwaltung ist gerade auf dem Weg. Das POR hat sie schon, weitere Referate kommen heuer und nächstes Jahr dazu. Ich freue mich schon darauf, die letzte abgestempelte Stempelkarte zusammen mit einer Stempeluhr ins Stadtmuseum bringen zu dürfen. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Erfolgreiches Arbeiten braucht geschlechterparitätische und kulturell vielfältige Teams. Gleichstellung ist Gerechtigkeit und daher eine ständige und wichtige Aufgabe. Dafür braucht es Bedingungen, unter denen alle ihre Kompetenzen und Möglichkeiten bestmöglich einbringen können.

Außerdem müssen wir weiter in die Ausbildung investieren. Wir brauchen starke Nachwuchskräfte. Die Stadt München ist eine sehr attraktive Arbeitgeberin. Aber wir stehen auch vor einer Ruhestandswelle. Viele Kolleginnen und Kollegen werden uns in den nächsten Jahren altersbedingt verlassen. Dafür müssen wir rechtzeitig vorbauen.

Als Querschnittsreferat kann das POR einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die Stadt weiterhin für unsere mehr als 1,5 Mio. Bürgerinnen und Bürger gut funktioniert. Dazu möchte ich beitragen. Das Amt des Personalreferenten ist eines der vielfältigsten Ämter in dieser Stadtverwaltung und eine große Verantwortung, auf die ich mich sehr freue. Im Übrigen liegt mir sehr viel an einem engen und vertrauensvollen Miteinander. Daher freue ich mich auf einen regen Austausch. Herzlichen Dank. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Der Antrag des Referenten wird ziffernweise wie folgt abgestimmt:

Ziffer 1 wird gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste, FDP - BAYERNPARTEI, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern werden **einstimmig beschlossen**.

- Die Wahl der Leitung des Personal- und Organisationsreferats findet gemeinsam mit den Wahlen der anderen Referatsleitungen im Anschluss an die Debatte zu Tagesordnungspunkt A 9 statt (siehe S. 50ff.). -

Wahl der Leitung des Sozialreferats

Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung

Aktensammlung Seite 2967

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich auf die Referentenbank schaue, will ich nicht unterstellen, es gebe einfach zu leitende Referate. Es gibt aber Referate, bei denen es besonders schwierig ist. Gerade in den letzten Jahren, auch angesichts der Corona-Pandemie, gehörte das Sozialreferat sicherlich zu den Referaten mit den schwierigsten Aufgaben. Einerseits hatten wir notgedrungen eine Phase der Konsolidierung in unserem Haushalt, andererseits türmten sich an vielen Stellen im Sozialreferat die Probleme, weil Menschen dringend eine Schuldnerberatung brauchten oder ganz viele neue Anträge auf Sozialwohnungen und Wohngeld eingingen. Es ist unserer Sozialreferentin Dorothee Schiwy zu verdanken, dass diese Gratwanderung im Großen und Ganzen sehr gut funktioniert hat. Es ist gelungen, den Menschen in Notlagen trotzdem schnell Hilfe zukommen und sie auch unter der schwierigen Belastung der Haushaltssituation nicht allein zu lassen.

Weil das gelungen ist, schlagen wir Dorothee Schiwy erneut für die Leitung des Sozialreferats vor. Ihre Qualifikation wird heute wie schon vor sechs Jahren von niemandem in Zweifel gezogen. Ich glaube, es gibt kaum jemanden, der so strukturiert, so fleißig, so engagiert arbeitet. Als Sprecherin in unserem Sozialbereich macht es mir wahnsinnig viel Spaß, auf jede Frage schnell eine fundierte Antwort zu bekommen.

Auch in der öffentlichen Darstellung der Probleme der Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen - und das sind auch in München relativ viele -, ist die Sozialreferentin eine effektive Stimme. Wir haben vorhin schon einmal über die Rolle der Zeitungen gesprochen. Ich glaube, es ist auch medial gar nicht so einfach zu transportieren, wie viele Angebote wir im sozialen Bereich für die Münchnerinnen und Münchner haben. Oftmals landet man nur in der Zeitung, wenn etwas nicht gut läuft. An ganz vielen Stellen läuft es aber sehr gut.

Dieses soziale Netz ist bei Dorothee Schiwy in den besten Händen. Deshalb bitte ich alle in diesem Raum um ihre Wiederwahl. - (Allgemeiner Beifall)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Auch in diesem Fall schließen wir uns dem Vorschlag von SPD/Volt gern an. Auch uns liegt die soziale Stadt sehr am Herzen und wir bedanken uns für die gute Zusammenarbeit. Wie schon erwähnt wurde, haben wir als Stadt ein tolles Angebotspaket, das wir immer noch nachbessern. Wir bauen das Angebot für alle in München aus und sorgen dafür, dass diese Stadt an ganz vielen Stellen bezahlbar bleibt.

Mir ist vor allem die Schnittstelle beim Wohnen sehr wichtig. Auch dort ist die Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat sehr gut. Unsere Sozialreferentin setzt in diesem Bereich auch bundespolitisch immer wieder Appelle, weil wir an manchen Stellen bessere Regelungen brauchen. Das unterstütze ich sehr.

Es gibt in diesem Bereich noch viel zu tun. Deshalb würden wir die gute, konstruktive Zusammenarbeit mit Frau Schiwy gern fortführen. Wir geben ihr gern unsere Stimmen und hoffen auch auf die Zustimmung der anderen. Vielen Dank. - (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt)

Bfm. StRin Schiwy:

Liebe Stadtratsmitglieder, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeisterinnen! Ich denke, zu meiner Person brauche ich nicht mehr allzu viel zu sagen. Deshalb möchte ich gern die Gelegenheit nutzen, mich für die Unterstützung, die ich in den letzten sechs Jahren aus diesem Gremium erfahren habe, zu bedanken. Das gilt in der Regel für alle Fraktionen. Ich danke auch für die vielen Gespräche, die ich auch vor meiner heutigen Kandidatur mit Ihnen führen durfte. Dabei wurden mir viele Ansätze mitgegeben, die ich gern mitnehme, wenn Sie mich für eine weitere Amtszeit wählen.

Ich war in den letzten sechs Jahren sehr gern Sozialreferentin der Landeshauptstadt München. Mir liegen das soziale Thema und die sozialen Fragestellungen der Stadt München und der Münchner Bürgerschaft sehr am Herzen. Ich glaube, das wissen Sie. Ich würde mich freuen, im Sozialreferat weitere sechs Jahre mit Engagement und Herzblut an diesen Themen weiterarbeiten zu können.

Wie Frau Dr. Sammüller-Gradl schon gesagt hat, ist eine Referentin immer nur so stark wie ihr Team und die Mitarbeiterschaft, die hinter ihr steht. Ich habe im Sozialreferat sehr, sehr engagierte Kolleg*innen, die mit einer Menge Herzblut und gewaltigem Engagement hinter der Sache stehen, auch in außergewöhnlichen Situationen wie in den letzten Jahren bei der Stange bleiben und sich für die Fragestellungen in der Münchner Bürgerschaft kreative und gute Lösungen überlegen. Auch deshalb macht mir die Arbeit dort besonders viel Spaß.

Gerade das Sozialreferat wurde in den letzten Jahren durch außergewöhnliche und schwierige Herausforderungen geprägt. Das war zum einen die Flüchtlingswelle in den Jahren 2015 und 2016 mit ihren Auswirkungen bis heute. Schon kurze Zeit später folgte die Covid-Pandemie mit ihren massiven Auswirkungen auf das soziale Leben und die Bürgerschaft in der Landeshauptstadt München. Ich sage Ihnen damit nichts Neues, möchte es aber an dieser Stelle gern noch einmal wiederholen: Die Covid-Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf die Schwierigkeiten und Probleme, die es in vielerlei Situationen und Fragestellungen schon zuvor für die Münchner Bürgerschaft gab. Wir haben jetzt noch mehr neue und multiplere Problemlagen zu bewältigen als vor der Pandemie. Ich würde in den nächsten sechs Jahren gern meine Arbeitskraft und mein Engagement dafür einsetzen, für die Bürgerschaft eine gute Struktur aufrechtzuerhalten, um das aufzufangen.

Ich möchte Ihnen nur in einem kurzen Parforceritt einige meiner Prioritäten mitgeben, weil ich hier niemals alle Themen benennen könnte: Für mich ist die Frage wesentlich, wie wir die Auswirkungen der Covid-Pandemie für Kinder und Jugendliche gut abfangen und weitere Maßnahmen in die Wege leiten können, um individuell wie generell die richtigen Problemlösungen zur Verfügung zu stellen.

Auch das Thema Partizipation, die Möglichkeit, die Stadt München mitzugestalten, ist mir ein Herzensthema, genauso wie die Fragestellung, wie mit dem öffentlichen Raum umzugehen ist. Wir hatten schon vor der Pandemie das Problem, dass der öffentliche Raum eigentlich zu knapp ist für alle Interessensgruppen und man immer wieder vermitteln und Prioritäten setzen muss. Aber letztendlich möchte ich eine Stadt erreichen, die im öffentlichen Raum für alle Platz bietet, vor allem auch für Kinder und Jugendliche, und diese dort akzeptiert. - (Allgemeiner Beifall)

Ein weiteres wichtiges Thema ist für mich das Wohnen. Wie Sie wissen, liegt mir gerade der Mieterschutz sehr am Herzen. Darüber hinaus ist für mich aber auch die Frage wichtig, an welchen Stellen man in München noch Wohnen vor allem für die Menschen, die eher am Rande der Gesellschaft stehen, und für Wohnungslose und Flüchtlinge ermöglichen kann. Ich persönlich halte ein angemessenes Wohnen für ein Menschenrecht. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste) - Ich sehe es als Aufgabe der Sozialreferentin, in den nächsten Jahren dafür zu arbeiten und zu kämpfen, dass wir in den einzelnen Stadtvierteln Areale schaffen, in denen auch Menschen in Schwierigkeiten gut untergebracht werden und wohnen können.

Das Thema Integration spielt natürlich eine große Rolle. Integration in die Stadtviertel bedeutet nämlich am Ende auch eine Integration in ein neues Leben. Dabei möchte ich gern mithelfen und daran arbeiten. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

Eine persönliche Herzensangelegenheit ist heute insgesamt schon angeklungen: Die Frage, wie man die Hilfestellung niederschwellig an unsere Bürgerschaft herantragen kann. Ich glaube, wir müssen die Sozialbürgerhäuser noch niederschwelliger und zugänglicher gestalten. Daran würde ich gern in den nächsten Jahren arbeiten, wenn Sie mir heute Ihr Vertrauen schenken. Ich würde auch gern weiter an der Entbürokratisierung der Antragstellung für Hilfeleistungen und deren Übergabe an die Betroffenen arbeiten. In diesem Bereich findet man nach wie vor ein sehr verwobenes Netz vor. Oft muss man von einer Stelle zur anderen laufen, um erstens zu erfahren, welche Möglichkeiten man als Berechtigter überhaupt hat, und dann zweitens tatsächlich Hilfestellung zu bekommen. In meinem idealen München würden die Betroffenen an einer Stelle Rat bekommen und alle Hilfestellungen auch gleich beantragen können. Wir haben als Kommune zwar nur eingeschränkte Möglichkeiten, weil viele Felder vom Bundesgesetzgeber geprägt werden. Aber wir sollten uns trotzdem an die eigene Nase fassen und im eigenen Wirkungskreis nachschärfen.

Wie Anne Hübner schon anklingen ließ, ist es für mich persönlich auch sehr wichtig, dass wir das bundesweit herausragende soziale Netz der Stadt München auch wirklich an die Münchner Bürgerschaft herantragen. Viele Bürger*innen wissen gar nicht, welche Möglichkeiten es in München gibt. Ich würde auch gern weiter daran arbeiten, dieses Netz breiter bekannt zu machen und an die Betroffenen heranzubringen, Schwellen abzureißen und die Zugänge zu vereinfachen.

Ich glaube, aufgrund der Pandemie hatten wir in den letzten Jahren leider zu wenig Gelegenheit, solche konzeptionellen und neuen Ideen voranzutreiben. Das gilt auch für mich persönlich als Referentin. Als Sozialverwaltung waren wir sehr stark damit beschäftigt, die Probleme und Fragestellungen, die die Pandemie mit sich gebracht hat, zu bewältigen. Das gilt wohl für den Münchner Stadtrat insgesamt. Aus meiner Sicht ist vieles leider zu kurz gekommen. Es musste zu kurz kommen, weil eine Katastrophe dieses Ausmaßes für uns alle sehr überraschend und auch sehr schwer zu bewältigen war.

Deshalb wünsche ich mir für die nächste Amtszeit, dass wir ein Stück weit aus dieser Ausnahmesituation heraus- und wieder in ruhigere Fahrwasser kommen, konzeptioneller arbeiten und kreative neue Ideen verwirklichen können. Dafür stehe ich gern zur Verfügung und würde mir wünschen, dass Sie mich als Referentin sehen, die im richtigen Referat am richtigen Platz ist, und mir fraktionsübergreifend Ihr Vertrauen und Ihre Stimme schenken. Vielen Dank! - (Allgemeiner Beifall)

Der Antrag des Referenten wird ziffernweise wie folgt abgestimmt:

Ziffer 1 wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern werden **einstimmig beschlossen**.

Zum Wahlprozedere

OB Reiter:

Ich möchte kurz Sachaufklärung betreiben. Frau Dr. Menges hat mir signalisiert, Sie sehe ein formales Problem, weil wir in drei Fällen beschlossen haben, die Wahl der Referatsleitung durchzuführen, diese aber nicht unmittelbar im Anschluss durchgeführt haben. In diesem Fall hätten Sie im Ältestenrat aber auch nicht zustimmen dürfen, die Wahlen zusammenzufassen. Wir könnten jetzt noch die Durchführung der Wahlvorgänge beschließen. Die Idee war, die Wahlvorgänge zusammenzufassen. Spricht sich jemand dagegen aus, jetzt alle drei Wahlvorgänge gemeinsam durchzuführen? Das ist nicht der Fall.

Bezüglich des Wahlausschusses hatten wir im Ältestenrat dreimal zwei Personen vereinbart, also insgesamt sechs: Anna Hanusch und Beppo Brem für Die Grünen - Rosa Liste, Dr. Evelyne Menges und Veronika Mirlach für CSU mit FREIE WÄHLER und Christian Vorländer und Katrin Abele für SPD/Volt. Wir haben uns dafür entschieden, mehr Mitglieder als üblich in den Wahlausschuss zu berufen, damit die Auszählung schneller geht.

Frau Dichtl:

In der Geschäftsordnung ist festgelegt, aus wie vielen Mitgliedern der Wahlausschuss besteht. Das können wir nicht ändern.

OB Reiter:

Ich habe es geahnt und im Ältestenrat bereits angedeutet. Laut Geschäftsordnung dürfen wir nur jeweils einen Vertreter oder eine Vertreterin der großen Fraktionen berufen. Wir dürfen den Wahl-

ausschuss nicht über die üblichen drei Mitglieder hinaus aufpumpen, ohne zuvor die Geschäftsordnung zu ändern.

StR Pretzl:

Kann man nicht pragmatisch den Wahlausschuss bei drei Mitgliedern belassen und Wahlhelfer hinzufügen?

OB Reiter:

Alles das können wir tun. Wenn mir jeder in die Augen schaut und verspricht, es hinterher nicht zu rügen, können wir auch drei Wahlausschussmitglieder berufen und die drei anderen sind jeweils Wahlhelfer. - (Unruhe) - Ich sage nur, was mir meine Rechtsabteilung gerade mitgeteilt hat. Ich hatte das im Ältestenrat schon ganz flapsig angedeutet, aber es war leider zutreffend.

Bevor wir noch lange diskutieren, bleiben wir beim üblichen Wahlausschuss und bitten die Mitglieder, schnell zu zählen. Dann bleibt es bei Beppo Brem für Die Grünen - Rosa Liste, Dr. Evelyne Menges für CSU mit FREIE WÄHLER und Christian Vorländer für SPD/Volt. Wenn Einverständnis besteht, übernimmt Frau Dr. Menges wegen ihrer großen Erfahrung mit dieser Aufgabe den Vorsitz der Wahlkommission.

- Der Vorsitzende übergibt an die Wahlkommission. Um 11:35 Uhr tritt die Vollversammlung in die Wahlhandlung ein. Es erfolgt der Namensaufruf und nach Beendigung des Wahlgangs die Auszählung der Stimmzettel. -

StRin Dr. Menges:

Ich bitte alle Mitglieder des ehrenamtlichen Stadtrates, in den Sitzungssaal zurückzukehren. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben drei Wahlvorgänge. Ich beginne mit der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für die Leitung des Kreisverwaltungsreferats.

Wahlberechtigte: 1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder

Anwesende: 1 Oberbürgermeister und 77 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder

Abgegebene Stimmen: 78 Stimmen

Ungültige Stimmen: 26 Stimmen

Gültige Stimmen: 52 Stimmen

Die Stimmenverteilung stellt sich wie folgt dar:

Frau Dr. Hanna Sammüller-Gradl:	44 Stimmen
Herr Christian Vorländer:	4 Stimmen
Herr Peter Gauweiler:	1 Stimme
Herr Andreas Mickisch:	1 Stimme
Herr Dr. Alexander Dietrich:	1 Stimme
Frau Alexandra Gaßmann:	1 Stimme

Frau Dr. Sammüller-Gradl ist mit 44 Stimmen gewählt. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt) - Liebe Frau Dr. Sammüller-Gradl, ich stelle Ihnen die Frage: Nehmen Sie die Wahl an?

Frau Dr. Sammüller-Gradl:

Ja, ich nehme die Wahl an. Ganz herzlichen Dank für Ihr Vertrauen! - (Beifall)

- OB Reiter, BMin Habenschaden, BMin Dietl und die Fraktionsspitzen von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt sowie zahlreiche Stadtratsmitglieder gratulieren und überreichen Blumen. -

StRin Dr. Menges:

Ich darf als nächstes das Ergebnis zur Wahl der Leitung des Personal- und Organisationsreferats bekanntgeben:

Wahlberechtigte: 1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder

Anwesende: 1 Oberbürgermeister und 77 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder

Abgegebene Stimmen: 78 Stimmen

Ungültige Stimmen: 5 Stimmen

Gültige Stimmen: 73 Stimmen

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Herr Andreas Mickisch:	42 Stimmen
Herr Dr. Alexander Dietrich:	30 Stimmen
Frau Helene Fischer	1 Stimme

Mit 42 Stimmen ist Herr Andreas Mickisch somit gewählt. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt). - Lieber Andreas Mickisch, die wichtige Frage lautet: Nehmen Sie die Wahl an? - (Herr Mickisch signalisiert Zustimmung) - Danke, ich sehe ein deutliches Nicken.

- OB Reiter, BMin Habenschaden und BMin Dietl sowie StR Müller, StRin Hanusch und weitere Mitglieder des ehrenamtlichen Stadtrats gratulieren. Blumen werden überreicht. -

StRin Dr. Menges:

Es steht noch das Ergebnis der Wahl zur Leitung des Sozialreferats aus. Ich gebe es hiermit bekannt:

Wahlberechtigte:	1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Anwesende:	1 Oberbürgermeister und 77 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Abgegebene Stimmen:	78 Stimmen
Ungültige Stimmen:	29 Stimmen
Gültige Stimmen:	49 Stimmen

Folgende Stimmenverteilung ergibt sich:

Frau Dorothee Schiwy	46 Stimmen
Herr Martin Schulz	1 Stimme
Herr Dr. Alexander Dietrich	1 Stimme
Frau Kerstin Schreyer	1 Stimme

Somit ist Frau Dorothee Schiwy mit 46 Stimmen gewählt. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt) - Liebe Frau Schiwy, nehmen Sie die Wahl an?

Bfm. StRin Schiwy:

Ja, ich nehme die Wahl an! Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die mir ihre Stimme gegeben haben.

- OB Reiter, BMin Habenschaden und BMin Dietl sowie Vorsitzende der im Rathaus vertretenen Fraktionen gratulieren und überreichen Blumen. Weitere Mitglieder des ehrenamtlichen Stadtrats schließen sich an. -

- Die Wahlkommission übergibt den Vorsitz an BMin Habenschaden. -

BMin Habenschaden:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir setzen die Sitzung fort und haben im Blick, dass Sebastian Weisenburger heute Geburtstag hat. - (Zurufe) - Er hat noch nichts ausgegeben, hat aber Kuchen und Pralinen dabei. Bei mir war er schon sehr freigiebig.

Zunächst möchte ich mich aber noch bei der Wahlkommission bedanken: bei der Wahlleitung, Stadträtin Dr. Menges, und bei den Stadträten Vorländer und Brem. - (Beifall)

Änderungen von Satzungen der LHM über die Zulassung zu Städtischen Schulen

- zur Städtischen Friedrich-List-Wirtschaftsschule
- zur Städtischen Riemerschmid-Wirtschaftsschule
- zur Berufsfachschule für Diätetik im Städtischen
Berufsbildungszentrum für Ernährung und Hauswirtschaft
und

**Änderung der Satzung der Landeshauptstadt München über die
Errichtung einer zweijährigen Berufsfachschule für Sozialpflege
am Berufsbildungszentrum für Ernährung und Hauswirtschaft,
Antonienstr. 6**

Aktensammlung Seite 2975

StRin Wassill:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Inhaltlich mögen diese Satzungsänderungen sinnvoll sein. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat aber mitgeteilt, in Schulsatzungen dürften keine Gendersternchen verwendet werden. Wir von der AfD sind dafür, dass überhaupt nicht gegendert wird. Da in den Satzungen Gendersternchen verwendet werden, wenn auch in gemäßigter Form, sind wir dennoch dagegen. Danke schön.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Benennung von Stadtratsmitgliedern für eine Besetzung in den Fachausschüssen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Aktensammlung Seite 2979

StR Pretzl:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten mit unserem Änderungsantrag nur eine Kleinigkeit modifizieren. Die Beschlussvorlage sieht vor, die amtierenden Mitglieder noch einmal für zwei Jahre zu bestätigen. Danach sollen nur noch Mitglieder aus der Stadtratskommission Europa zum Zug kommen. In vielen Fraktionen sind die Kreise aber nicht personenidentisch. Gerade im deutsch-französischen Beirat und im deutsch-polnischen Beirat haben sich Kolleginnen und Kollegen seit vielen Jahren sehr intensiv eingearbeitet. Wir von der CSU finden, man solle das nicht zerreißen. Wir sind gerne damit einverstanden, diese Koppelung ab der nächsten Amtsperiode einzuführen. Die Fraktionen könnten sich dann auf das veränderte Verfahren einstellen. Wir bitten daher darum, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, wonach diese Personenidentität in der laufenden Amtsperiode noch nicht beschlossen werden soll. Vielen Dank.

StR Sproll

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich sehen wir es als durchaus sinnvoll an, gleichzeitig Mitglied der Europakommission zu sein, wenn man die Landeshauptstadt München in den Gremien des RGRE vertritt. Wir denken aber, der Austausch zwischen den Gremien ist auch ohne diese Regelung gewährleistet, weil der Informationsfluss gut ist. Wir können daher dem Änderungsantrag der CSU zustimmen. Vielen Dank.

BMin Habenschaden:

Bfm. StR Baumgärtner hat mir zugerufen, er übernehme den Änderungsantrag der CSU.

Der durch den übernommenen Änderungsantrag der CSU modifizierte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Klimaschutz in München, Bericht zur Studie Klimaneutrale Wärme München 2035

Aktensammlung Seite 2981

StR Krause:

Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Inhaltlich haben wir diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 15.02.22 diskutiert. Die Beschlussfassung haben wir in die heutige Vollversammlung vertagt. Zum Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI bitten wir um ziffernweise Abstimmung. Wir würden gerne „Punkt 2 geändert“ separat abstimmen, ohne die Streichung des Passus *„in Abhängigkeit von den energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen Zielpfade“*. Dies betrifft die Worte *„bis spätestens 2035“* und *„einen konkreten Zeitplan“*.

Eine weitere Änderung betrifft eine Studie zur Abwärmenutzung („Punkt 11 geändert“). Da wir dieser Ergänzung ebenso zustimmen möchten, bitten wir hier ebenfalls um gesonderte Abstimmung. Darüber hinaus liegt Ihnen noch der gemeinsame Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt vor.

StRin Wassill:

Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren! In diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Klimaschutzstudie. Der E.on-Vorstandschef Leonhard Birnbaum hat laut heutiger Pressemitteilung gesagt, aufgrund der Stromschwankung im Netz müsse ab sofort damit gerechnet werden, dass ganze Städte vom Netz genommen werden. Das bedeutet Stromausfall für mehrere Stunden, vielleicht sogar Tage, Genaueres weiß man nicht. Jedenfalls ist auch das eine Folge des Umbaus hin zu erneuerbaren Energien und der sogenannten Klimawende. Wir halten das für eine Klimahysterie, die zu Vorgaben geführt hat, die von ihren Vertretern sklavisch umgesetzt werden. In dieser Studie wird gezeigt, wie das vor sich gehen soll.

Am 18.12.2019 hat der Stadtrat beschlossen, die Ziele der sogenannten Klimaneutralität sollten noch schneller erreicht werden, nicht erst 2050, sondern bereits 2035. Dies wird gemessen anhand der energiebedingten Treibhausgasemissionen jedes Bürgers. Diese betragen 0,3 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr. Die hier vorgelegte Studie zeigt, wie eine Reduktion des Wärmebedarfs erfolgen könnte. Der Strom für die Wärmeherzeugung soll aus erneuerbaren Energien und aus diesen klimaneutralen Quellen kommen. Die Stadt München wird aber nie in der Lage sein, ihren

Energiebedarf alleine aus dem zu decken, was im Münchner Stadtgebiet erzeugt werden kann. Der Energiebedarf ist riesig. Er beträgt derzeit 7,4 TWh. Schätzungen gehen für das Jahr 2050 von 12 TWh aus.

Wir wissen, der Strom kommt aus weit entfernten Wind- und Solarkraftwerken beispielsweise in Spanien, Norwegen, Belgien und Frankreich. Diese Importe werden benutzt, um einen rechnerischen Ausgleich zu schaffen. Wir halten das für ökologisch nicht sinnvoll. Außerdem sind wir in München damit wieder vom Ausland abhängig. München hat aufgrund seiner Lage den Vorteil, Geothermie einsetzen zu können. In der Beschlussvorlage wird aber darauf hingewiesen, dass die Leitungen nicht darauf ausgelegt sind und erst umgebaut werden müssen. Bei den Heizanlagen ist das genauso. Diese Umbauten sind sehr teuer. Sie sind aber erforderlich, da ansonsten das Ziel überhaupt nicht geschafft werden kann. Das ist ebenfalls in der Beschlussvorlage ausgeführt.

Nicht alle können sich leisten, diese Emissionen rechnerisch zu kompensieren. Wie schon gesagt, diese Umbauten sind teuer. Daher müssen die Eigentümer in München frühzeitig eingebunden werden, um diese Ziele zu erreichen. Warum? Schauen Sie dazu auf Seite 261 der Studie. Dort steht, *„damit die Wärmewende möglichst spannungsarm umgesetzt werden kann“*. Das klingt schon nach Stromausfall. Nein, es ist noch schlimmer: Es klingt vor allem nach Zwang und weiteren Abgaben. Die Bürger müssen sich jedenfalls für diese Klimaschutzziele warm anziehen. Wir sind dagegen, das Projekt in dieser Art und Weise durchzuziehen. Diese Klimawende ist völlig unnötig und bringt die Bürger in Gefahr. Das kann man nicht unterstützen. Daher sind wir dagegen.

BMin Habenschaden:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr aus dem ehrenamtlichen Stadtrat. - (Zuruf) - Genau! Wir haben die Fachdebatte sehr lange und sehr ausführlich sowohl bei der Vorstellung der Studie als auch im Fachausschuss geführt. Wir kommen also zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag von DIE LINKE./Die PARTEI wird

in „Punkt 2 geändert“

inklusive des von der antragstellenden Fraktion gestrichenen Passus

„in Abhängigkeit von den energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen Zielpfade“

gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, ÖDP/München-Liste und AfD
und

in „Punkt 11 neu“

gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER **beschlossen**.

Die übrigen Ziffern des Änderungsantrags werden gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion und von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der gemeinsame Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt wird in Ziffer 1 ergänzt
gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD
und
in den übrigen Antragsziffern
gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, AfD, ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI **beschlossen**.

Der so modifizierte Antrag des Referenten und der Referentin wird in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen von ÖDP/München-Liste, DIE LINKE./Die PARTEI und die AfD **beschlossen**.

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Ruff:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Gesamtabstimmung gegen den Antrag der Referentin und des Referenten gestimmt. Das bedeutet aber nicht, dass wir uns die Wärmewende nicht dringend wünschen würden. Wir hätten sie im Gegenteil gerne beschleunigt gesehen. Wir sehen allerdings in den heutigen Beschlüssen einen Rückschritt gegenüber der Fernwärmeversion 2040. Wir sind daher der Auffassung, wir können unsere Klimaschutzziele auf diese Art und Weise nicht erreichen. Gerade angesichts der derzeit galoppierenden Energiepreise ist das der falsche Schritt. Wir müssen wesentlich schneller besonders von gasförmigen Brennstoffen weg.

StR Schall:

Bei uns verhält es sich genau anders herum. Wir haben der Vorlage zugestimmt, aber den Änderungsantrag abgelehnt. Die Ziele und den Vortrag der Referenten halten wir für sinnvoll und haben daher insgesamt zugestimmt.

StR Jagel:

Ich verweise für das Abstimmungsverhalten von DIE LINKE./Die PARTEI auf unsere Erklärung im Ausschuss.

Bekämpfung der Corona-Pandemie - Coronabedingte Personalmehrung bei der Bußgeldstelle des KVR

Aktensammlung Seite 2983

StR Vorländer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für die Rathaus-Koalition von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt einen gemeinsamen Änderungsantrag einbringen. Er liegt Ihnen vor.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Die Bußgeldstelle des Kreisverwaltungsreferates behandelt in normalen Zeiten in der Regel ungefähr 21 000 Ordnungswidrigkeiten im Jahr. Seit der Coronapandemie und den damit einhergehenden Verstößen und Ordnungswidrigkeitenverfahren hat sich die Zahl der zu bearbeitenden Fälle insgesamt verdreifacht. In der Beschlussvorlage ist das entsprechend ausgeführt. Seit März 2020 gab es in Zusammenhang mit der Pandemie zusätzlich rund 41 000 Ordnungswidrigkeitenanzeigen. Dies stellt eine beispiellose Herausforderung und enorme Belastung für die Mitarbeiter*innen der Bußgeldstelle dar. Wir wollen im Rahmen des haushalterisch Möglichen und Gebotenen Abhilfe schaffen. Wir bitten als Rathaus-Koalition daher um Ihre Zustimmung, zunächst die Hälfte der vom Kreisverwaltungsreferat beantragten VZÄ zu bewilligen, einzurichten und zu finanzieren.

Ich darf ergänzend für die Stadtkämmerei noch einen mündlichen Änderungsantrag einbringen. In der Stadtkämmerei sind diese Bußgeldbescheide am Ende des Tages zu vollziehen, das Geld ist beizutreiben. Daher schlagen wir per Änderungsantrag ergänzend die Einrichtung von weiteren sieben VZÄ bei der Stadtkämmerei vor. Und was die weiteren ... - (Zuruf) - Das ist ein mündlich eingebrachter Ergänzungsantrag. Liebe Kollegin Brigitte Wolf, ich darf darauf verweisen, dass die Stadtkämmerei in ihrer Stellungnahme an das Kreisverwaltungsreferat, zu finden in Anlage 5 auf Seite 2, den entsprechenden Stellenbedarf skizziert hat. An der angegebenen Stelle ist die Anzahl von insgesamt 14 VZÄ genannt und deren Berechnung dargestellt. Darauf basierend beantragen wir als Rathaus-Koalition mit dem gerade vorgestellten und eingebrachten mündlichen Änderungsantrag sieben sofort einzurichtende, zusätzliche VZÄ für die Stadtkämmerei. So errechnet sich das. Damit sollte das für alle transparent und nachvollziehbar sein.

Wir halten das für richtig, für haushalterisch geboten und vernünftig. Wir wollen uns die Situation trotzdem später noch einmal genauer ansehen und im Rahmen des Nachtragshaushalts die

Einrichtung der weiteren beantragten Stellen prüfen. Wir wollen erst einmal sehen, wie sich das Geschehen in den nächsten Monaten entwickelt. Wir hoffen wirklich sehr, wir kommen auf diesem Weg wirkungsvoll zu einer schnellen Abarbeitung der Ordnungswidrigkeitenanzeigen. Es ist vollkommen klar, die Maßnahmen, die Beschränkungen und Regeln, die im Zusammenhang mit der Coronapandemie erlassen wurden, dienen dem Schutz von uns allen. Manche Fakten- und Wahrheitsleugner bestreiten das immer wieder. Wenn diese Regeln nicht eingehalten werden, muss das konsequent verfolgt und geahndet werden. Das ist unsere feste Überzeugung. Deshalb wollen wir einen wirkungsvollen Beitrag dazu leisten.

Lieber Dr. Thomas Böhle, ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisverwaltungsreferats, die in diesem Zusammenhang wirklich einen unheimlich wichtigen Job machen. Wir wissen, im Moment ist das eine sehr belastende Situation für sie. Wir unternehmen im Rahmen des Möglichen alles, um Ihnen ein Stück weit unter die Arme zu greifen und sie zu unterstützen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

StRin Burneleit:

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, liebe Bürgermeisterinnen! Wir freuen uns über die Vorlage. Das Kreisverwaltungsreferat soll die dringend benötigten Stellenzuschaltungen bekommen, denn das Stammpersonal hat bisher versucht, der Flut der Fälle durch Priorisierungen und Überstunden Herr und Frau zu werden, und Fälle in weniger relevanten Rechtsbereichen nicht bearbeitet wurden.

Deshalb können wir mit dem Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste nicht mitgehen. Wir sind nicht damit einverstanden, dass jetzt nur 50 % der benötigten Stellen freigegeben werden und die anderen 50 % erst in einigen Monaten. Stellenbesetzungen brauchen Zeit, wie wir alle wissen. Also müssen die Stellen jetzt ausgeschrieben und rasch besetzt werden. In der Beschlussvorlage wird die Strategie der Stellenbesetzung nur kurz erwähnt. Dabei wird der Fokus auf Nachwuchskräfte gelegt, obwohl bereits jetzt 100 % der benötigten Stellen besetzt werden sollten. Das wundert mich, weil die KVR-Mitarbeitenden wegen der Flut der Fälle schon seit einem Jahr überlastet sind und PEIMAN-Kräfte zugeschaltet werden.

Jetzt sollen die benötigten Stellenzuschaltungen auf 50 % reduziert werden. Das ist kein fairer Umgang mit der Belastungssituation der Beschäftigten der Landeshauptstadt München. Wir werden den Antrag des Referenten unterstützen, weil wir die geforderte Stellenzahl nachvollziehen können. Vielen Dank!

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Das war schon interessant, Frau Burneleit. Die Wahlkämpfenden von Die PARTEI sind bisher nie dadurch aufgefallen, dass sie ein verschärftes Beitreiben von Bußgeldern gefordert hätten. Nun sprechen Sie sich dafür aus, die entsprechenden Stellen auszuweiten. Vielleicht sollten Sie einmal nachschauen, ob das mit Ihrem Parteiprogramm konform ist.

Aber Satire beiseite! Die Stellungnahme der Stadtkämmerei hat mich mehr als verwundert. Im ersten Moment dachte ich: Sehr schön, die Kämmerei lehnt die Stellen ab, dann können wir das auch tun. Aber dann ergab sich ein eklatanter Widerspruch. Herr Frey, vielleicht können Sie mich aufklären. Zum einen steht dort:

„Eine Unabweisbarkeit kann seitens der Stadtkämmerei nicht nachvollzogen werden, denn das Verfolgen und Ahnden von Zuwiderhandlungen hat auch schon in der Vergangenheit stattgefunden, die Aufgabe ist daher nicht neu.“

Darunter verstehe ich: Das KVR braucht keine Stellen. Dann heißt es aber weiter, im Übrigen benötige auch die Kämmerei neue Stellen für die Aufgabe. Entweder ist die Aufgabe nicht neu, dann benötigen weder das KVR noch die Kämmerei neue Stellen, oder es besteht doch ein Bedarf. Sie haben sogar aufgeschlüsselt, was Sie zusätzlich brauchen.

Spaßeshalber haben wir schon mal darüber gesprochen, dass Stellenausweitungen anderer Referate komischerweise immer einen Negativstempel bekommen, nur die der Stadtkämmerei nicht. Vielleicht können Sie ein bisschen Licht ins Dunkel bringen. Aufgrund Ihrer Feststellung, die Aufgabe sei nicht neu, tendieren wir dazu, sowohl den Antrag des Referenten als auch den Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste sowie die Stellenforderung der Kämmerei abzulehnen. Vielen Dank!

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreisverwaltungsreferat, insbesondere im Bereich der bürgernahen Dienstleistungen, an erheblicher Arbeitsüberlastung leiden. Die Bußgeldstelle hat eine sehr schwierige Aufgabe. Das wird in der Vorlage sehr eindringlich geschildert.

Die CSU hat den Vorlagen des Kreisverwaltungsreferenten zu Personalmehrungen immer zugestimmt, um die Mitarbeiter zu entlasten und die Situation für die Bürgerinnen und Bürger zu ver-

bessern. Dann hat Grün-Rot vorgeschlagen, Stellen im KVR einzusparen. Diesen Antrag hat der Referent übernommen, sodass die Zahl der von ihm beantragten Stellen entsprechend reduziert wurde. Deshalb ist die Frage interessant, ob der Kreisverwaltungsreferent den Änderungsantrag von Grün-Rot übernimmt oder bei seinem ursprünglichen Antrag bleibt. Wir werden in jedem Fall zustimmen.

Ich habe noch eine Verständnisfrage: Christian Vorländer hat den grün-roten Änderungsantrag vorgestellt, indem die beantragten, auf zwei Jahre befristeten 42,75 Stellen um 50 % reduziert werden sollen. Das wären dann ca. 21,36 Stellen. Sind darin die für die Kämmerei geforderten Stellen enthalten oder kämen sie zusätzlich hinzu? Folgt man dieser Logik, müssten zu den vom KVR ursprünglich beantragten Stellen noch weitere 14 für die Kämmerei hinzukommen. Oder werden keine zusätzlichen Stellen benötigt, wenn es bei den 42,75 Stellen bleibt? Diese Erklärung fehlt. - (Zurufe) - Jetzt haben wir hier ein Späßle. Das macht nichts, wir sind das gewohnt, und es gehört dazu.

Die Ordnungswidrigkeitsanzeigen sind coronabedingt von ca. 21 000 auf ca. 41 000 gestiegen. Das ist schon erschreckend. Wir hoffen natürlich, dass die Corona-Pandemie früher endet als erst in zwei Jahren, dann bräuchten wir die befristeten Stellen für diese konkrete Funktion nicht. Ich bitte den Kreisverwaltungsreferenten um eine kurze Erläuterung. Danke schön!

StRin Wassill:

Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren! Herr Vorländer hat diese anomalen Zahlen schon genannt: Statt 21 000 Bußgeldverfahren pro Jahr sind es jetzt wegen der Corona-Bestimmungen 41 000 Verfahren. Das ist ein Zeichen falscher Politik und sollte Sie zum Nachdenken anregen.

Diese 41 000 Bußgeldbescheide müssen bearbeitet werden. Damit möchten Sie den Bürgern, die ihre Grundrechte ausüben wollen, Millionen Euros an Bußgeldern abpressen. Wir halten sie längst für unverhältnismäßig, wie auch in diversen Gerichtsverfahren festgestellt wurde. Dutzende von Allgemeinverfügungen und Verordnungen sind für ungültig erklärt worden. Jüngstes Beispiel: Die Verkürzung des Genesenenstatus von sechs auf drei Monate ist voraussichtlich rechtswidrig. Allein am Verwaltungsgericht München sind 100 Verfahren anhängig.

Bitte überlegen Sie, was hier eigentlich passiert! Als freiheitliche Stadträte unterstützen wir keine Bestrafungen, wenn bei Versammlungen unter freiem Himmel Grund- und Freiheitsrechte ausgeübt werden. Das sollte eine absolute Selbstverständlichkeit sein.

BMin Habenschaden:

Frau Wassill, bitte sprechen Sie zur Vorlage!

StRin Wassill:

Ich spreche über das Geld für diese Stellen. Diese Verordnungen waren ungültig, wie sich mehrfach herausgestellt hat. Es ist an der Zeit einzusehen, dass man hier auf dem falschen Weg ist. Zeigen Sie heute, wie demokratisch Sie wirklich sind! Treten Sie für die Freiheit der Bürger ein! Sprengen Sie den Corona-Käfig und stellen Sie diese Verfahren ein! Das ist die wirtschaftlichste Lösung. Keine neuen Stellen, sondern Einstellung! Danke!

Bfm. StR Dr. Böhle:

Bei Stellenforderungen ist für mich maßgeblich, was das zuständige Personal- und Organisationsreferat sagt. Das POR hat der Stellenforderung zugestimmt. Die Haltung der Kämmerei möge Herr Frey erläutern. Ich unternehme gerne den Versuch, den Änderungsantrag zu interpretieren: 50 % von 42,75 Stellen heißt 21,375 Stellen für das KVR. Die Kämmerei möchte 14 Stellen, 50 % davon wären sieben, die zu unseren Stellen addiert würden, wenn ich alles richtig verstanden habe.

Ich kann nicht ganz nachvollziehen, bei welcher Gelegenheit der Stadtrat beschlossen haben soll, Stellen einzusparen. Hier und da sind Stellenforderungen des Kreisverwaltungsreferats nicht komplett erfüllt worden. Damit muss ich leben.

Zum Änderungsantrag: Ich würde bei meinem Antrag bleiben wollen, wenn im Änderungsantrag nicht stünde, dass eine Zuschaltung weiterer Stellen gegebenenfalls im Rahmen eines Nachtragshaushalts geprüft wird. Meine heute eingebrachte Stellenforderung hat einen nicht unerheblichen prognostischen Charakter. Das heißt, wir rechnen mit ca. 1 000 Anzeigen im Monat. In einigen Monaten können wir sicherlich besser abschätzen, ob diese Vorstellung realistisch ist. Dann würde ich mir gegebenenfalls erlauben, noch einmal auf Sie zuzukommen. - (Zuruf StRin Dr. Menges)

BMin Habenschaden:

Ich interpretiere das genauso wie Frau Dr. Menges: Die Zuschaltung weiterer Stellen wird gegebenenfalls im Rahmen eines Nachtragshaushalts geprüft. Siehst Du Dich in der Lage, den Änderungsantrag zu übernehmen? - (Bfm. StR Dr. Böhle signalisiert Zustimmung.) - Danke!

StK Frey:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Die etwas ungewöhnliche Stellungnahme der Stadtkämmerei kam so zustande: Die Vorlage des Kreisverwaltungsreferats wurde uns nicht vorab zur Mitzeichnung übergeben. Das heißt, wir hatten keine Gelegenheit, unseren Sachverhalt darzustellen, und haben die Stellungnahme genutzt, um aufzuzeigen, dass die Vorgänge im Kreisverwaltungsreferat - das Erstellen und Ausreichen von Bescheiden - immer eine Folgewirkung für die Stadtkasse haben.

Man geht von einer nicht unerheblichen Anzahl an zu stellenden Erzwingungshaftanträgen aus. Bei den Bußgeldern geht es um das Beitreiben der Eurobeträge, aber in erster Linie auch um die Buße. Den Erzwingungshaftanträgen gehen automatisch sehr aufwendige Vollstreckungsverfahren voraus. Durch die zunehmenden Anordnungen ist auch ein Aufwuchs für die Vollstreckung des Zahlungsverkehrs in der Stadtkasse erforderlich.

Wir haben geschrieben, dass diese Aufgaben bereits erledigt werden. Damit wollten wir auf die Frage hinweisen, inwieweit überhaupt Stellenausweitungen vorgenommen werden müssen. Aber wenn dies geschieht, hätte es die Folgewirkung einer Mehrarbeit in der Stadtkasse. Das haben wir in der Stellungnahme zusammengestellt.

BMin Habenschaden:

Der Kreisverwaltungsreferent hat den Änderungsantrag mit der mündlichen Ergänzung übernommen. - (Zuruf) - DIE LINKE./Die PARTEI stellt den ursprünglichen Antrag des Referenten zur Abstimmung.

Der ursprüngliche Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

Kitas in den Blick nehmen!**Dringlichkeitsantrag Nr. 2429 von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste
für die Vollversammlung am 23.02.2022**

Aktensammlung Seite 3009

StSchR Kraus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich nehme den Dringlichkeitsantrag gerne zum Anlass, um über die Situation in den Münchner Kitas zu berichten.

Für die Kita-Einrichtungen und ihr Personal ist die Belastungsgrenze knapp erreicht. Das Personal versucht den Spagat, einerseits den Kindern und Familien gerecht zu werden und andererseits alle coronabedingten Auflagen streng einzuhalten. Alle Kita-Träger haben momentan das Problem, dass nicht das gesamte Personal zur Verfügung steht, aber das hat nur teilweise mit Corona zu tun. Viele schwangere Beschäftigte können nicht so eingesetzt werden, wie wir es gewohnt sind, und der Krankenstand ist jahreszeitbedingt nicht gerade gering.

In den Gesprächen mit den Mitarbeitenden und der Personalvertretung wird die Überlastung einzelner Personen immer wieder thematisiert. Leider führt dies dazu, dass die Öffnungszeiten teilweise eingeschränkt werden und dementsprechend auch die Buchungszeiten nicht in allen Fällen aufrechterhalten werden können. In wenigen Fällen müssen Gruppen geschlossen werden, weil die Betreuerinnen und Betreuer nicht zur Verfügung stehen oder nicht von nahe gelegenen Einrichtungen abgezogen werden können. Diese erhebliche Belastung führt auch zu Kommunikationsschwierigkeiten mit den Eltern, weil die Schließungen manchmal sehr kurzfristig mitgeteilt werden.

Wenn es bei dieser schwierigen Situation bleibt, wird die Vergabe der Kita-Plätze etwas langsamer vorwärtsgen. In den letzten Jahren konnten die Plätze über den Kita-Finder immer schneller vergeben werden. Ob sich das in diesem Jahr durchhalten lässt, steht noch nicht genau fest. Wir hoffen, dass es zum Beginn des Vergabeprozesses am 16. März schon neue Erkenntnisse über die künftigen Rahmenhygienepläne gibt.

Der Verwaltungsaufwand durch administrative Zusatzaufgaben im Rahmen der Pandemie-Bewältigung belastet die Betreuerinnen und Betreuer in den Kitas sehr. Immerhin entlastet das Gute-KiTa-Gesetz die Träger. Der Freistaat Bayern kann Bundesmittel weiterleiten, damit die Kitas zusätzliche Verwaltungsangestellte einstellen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Entlastung von admi-

nistrativen Aufgaben konsequent fortgeführt werden könnte. Das steht leider noch nicht endgültig fest. Wichtig wäre, die administrativen Aufgaben im Zuge der gelockerten Corona-Auflagen nicht weiter zu erhöhen, sondern kritisch zu hinterfragen, was noch notwendig ist.

Welche zusätzlichen Aufgaben gibt es? Ich möchte einige Beispiele nennen: Seit 15. November findet die Kindertagesbetreuung in festen Gruppen statt. Also gibt es keine Möglichkeit, die Gruppen in den Tagesrandzeiten mit weniger Betreuungsbedarf zusammenzulegen. Das führt zu erhöhtem Personalbedarf und verhindert angemessene Angebote, weil die Gruppen teilweise sehr klein werden. Die tägliche Dokumentation der Geschehnisse in der Kita, um mögliche Infektionsketten nachverfolgen zu können, ist ein großer administrativer Aufwand. Es muss dokumentiert werden, wie sich die Gruppen zusammensetzen, wer wann welche Gruppen betreut, welche externen Personen in den Kitas sind, und ob Krankheitssymptome auftreten, die einen Corona-Verdacht nahelegen, damit gegebenenfalls reagiert werden kann.

Ebenso müssen 2G- und 3G-Regeln beachtet werden. Teilweise gab es Zutrittsverbote. Zwischenzeitlich war es erforderlich, dass sich Mitarbeitende, Externe oder Eltern, die die Einrichtungen besuchen, testen lassen. Auch das musste kontrolliert und dokumentiert werden. Inzwischen gibt es eine Testnachweispflicht für Kinder. Das ist mit erheblichem Aufwand für das Personal verbunden. Zu guter Letzt besteht die Pflicht, infizierte Kinder rasch zu melden, damit die Gesundheitsbehörden die notwendigen Schritte unternehmen können. Werden die Öffnungszeiten eingeschränkt, muss schnell eine Genehmigung eingeholt und entsprechend dokumentiert werden, damit die Verwaltung die notwendigen Schritte vollziehen kann.

Was wünschen wir uns? Eine Verbesserung der Lage, damit das Personal entlastet wird und wieder seinen ureigenen Aufgaben - Betreuung und frühkindliche Bildung - nachkommen kann. Es soll wieder möglich sein, die festen Gruppen flexibler zu gestalten und an den Tagesrandzeiten zusammenzulegen. Nach dem Kita-Besuch spielen die Kinder auf dem Spielplatz sowieso wieder zusammen. Die Melde- und Genehmigungspflichten müssten vereinfacht werden, um den administrativen Aufwand zu reduzieren. Ebenso sollte das Verfahren für Test-Berechtigungsscheine vereinfacht werden. Idealerweise müssten die Einrichtungen das gar nicht mehr dokumentieren, weil der Freistaat die Tests zur Verfügung stellt.

Wir hoffen, dass die Mittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz verstetigt werden, damit zusätzliches Verwaltungspersonal dauerhaft vorhanden ist. Außerdem wünschen wir uns mehr Anlaufstellen für Beratung. Davon kann es gar nicht genug geben.

In wirtschaftlicher Hinsicht erwarten wir vom Freistaat eine verlässliche Prognose über die Einhaltung der Voraussetzungen für die BayKiBiG-Zuschüsse. Zum Hintergrund: Wird ein bestimmter Anstellungsschlüssel unterschritten, sind die BayKiBiG-Zuschüsse in Gefahr. Deswegen kann es aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll sein, eine Gruppe zu schließen. Das würde die Eltern momentan noch mehr belasten. Der Freistaat hat aufgrund der schwierigen Situation für die Monate Januar und Februar Einschränkungen in Kauf genommen. Der übliche Anstellungsschlüssel, der bildungspolitisch sinnvoll ist, aber momentan teilweise nicht eingehalten werden kann, muss nicht erfüllt werden. Für die Planung wäre es gut, wenn diese Regelung auf die Monate März und April ausgedehnt wird, um die Kinderbetreuung sicherzustellen und zu verhindern, dass Einrichtungen wegen fehlender Zuschüsse geschlossen werden müssen.

Die Mitarbeitenden geben uns oft die Rückmeldung, dass sie sich mehr Wertschätzung wünschen. Sie leisten momentan sehr viel und sind durch ihren Einsatz unmittelbar am Menschen und in einer Altersgruppe mit nicht gerade niedrigen Inzidenzen auf eine gewisse Weise gefährdet. Deshalb kann man ihre Tätigkeit nicht genug wertschätzen und ihre Bedeutung für die frühkindliche Bildung nicht oft genug erwähnen. Auch wirtschaftlich sind sie etwas benachteiligt. Im Jahr 2020 gab es Corona-Sonderzahlungen für viele Tarifbeschäftigte. 2021 bekamen jedoch nur Personen eine Sonderzulage, deren Tarifverträge unter den Geltungsbereich der Länder fallen. Wir würden uns wünschen, dass bei den Verhandlungen auch an die Kita-Beschäftigten gedacht wird. Das wäre eine wirtschaftliche Wertschätzung ihrer Tätigkeit.

Aktuell verbessert sich die Situation. In der Kita-Altersgruppe gehen die Inzidenzen leicht zurück. Ich hoffe, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen kurz- bis mittelfristig entlastet werden, damit sie sich wieder auf ihre Aufgabe der frühkindlichen Bildung konzentrieren können. Vielen Dank!

Der Appell des Dringlichkeitsantrags *„Der Freistaat ist aufzufordern, den Kommunen dringend finanzielle Mittel für zusätzliches Personal zur Bewältigung der anfallenden administrativen Zusatzaufgaben zur Verfügung zu stellen.“* wird **einstimmig beschlossen**.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 2429 findet damit seine Erledigung.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1638 - Ottobrunner Straße
Nachprüfungsantrag Nr. 2406 der CSU vom 16.02.2022
Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 3017

StRin Dr. Gerstenkorn:

Ich möchte aus bekannten Gründen nicht an der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt teilnehmen.

OB Reiter:

Lassen Sie uns sicherheitshalber darüber abstimmen.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dass Stadträtin Dr. Gerstenkorn der Beratung und Beschlussfassung zu TOP D 1 fernbleibt.

StRin Kainz:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen diesen Nachprüfungsantrag, weil es sich um einen besonderen Vorgang handelt, der unbedingt nochmals erörtert werden muss.

Ich möchte ein wenig auf die Historie des Vorgangs eingehen, selbst wenn er ein Stück weit bekannt sein dürfte: Für den Planungsausschuss am 09.02.2022 wurde uns eine Beschlussvorlage zugestellt. Das ist nichts Besonderes. Ein paar Tage später haben wir ein Ergänzungs- und Hinweisblatt erhalten, in dem die Vorschläge an zwischenzeitliche Entwicklungen angepasst wurden. Wir haben alles für richtig befunden. Am Tag der Sitzung haben wir ein zweites Ergänzungs- und Hinweisblatt mit völlig anderem Inhalt bekommen. Daraufhin haben wir beantragt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, weil man mit einer solchen Überraschungsvorlage nicht zurechtkommen kann. Das ist auch noch nichts Besonderes. Aber der Vertagungsantrag wurde abgelehnt, obwohl vieles für eine Vertagung gesprochen hätte.

Ich möchte darauf eingehen, was uns gestört hat: Die formale Seite hat nicht gepasst, weil die Ladung nicht korrekt war und das Thema nicht korrekt angegeben wurde. Wir sehen darin einen Verstoß gegen die Gemeindeordnung und die Geschäftsordnung des Münchner Stadtrats. Das wurde

uns nicht konzidiert. Ich sage es nochmals: Es handelt sich hier nicht um eine Ergänzung oder einen Hinweis, sondern um einen völlig neuen Antrag. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Der Antrag besagt das genaue Gegenteil dessen, was ursprünglich vorgesehen war. Ursprünglich sollten weitere Verhandlungen mit einem Verkaufsinteressenten stattfinden. Im fraglichen Gebiet gab es keine Veränderungssperre und keinen neuen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan. Seit vielen Jahren möchte man Regelungen für dieses Gebiet haben. Dieses Anliegen ist berechtigt. Aber wir halten es für rechtswidrig, in der Sitzung überraschend einen völlig gegenläufigen Antrag vorzulegen, dessen Überschrift den neuen Aufstellungsbeschluss für ein Gebiet mit völlig neuem Umgriff nicht spiegelt. Deswegen sprechen wir uns gegen die heutige Beschlussvorlage aus, weil die Überschrift nicht geändert und auch nicht ordentlich geladen wurde. Soviel zur formalen Seite.

Ich möchte noch etwas zum Umgang mit uns Stadträtinnen und Stadträten sagen. So etwas habe ich in all den Jahren, in denen ich politisch tätig bin, noch nicht erlebt. Es ist nicht nachvollziehbar, warum am Morgen der Sitzung etwas völlig Neues präsentiert wurde, ohne vorher darüber gesprochen zu haben, und wieso dem berechtigten Vertagungsantrag nicht stattgegeben wurde. Ich bin sehr enttäuscht über diesen Umgang. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER) - So geht es nicht. Das hilft uns auch nicht bei einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Ich kann nicht verstehen, warum die Vertagung mit dem Argument verweigert wurde, es drohe eine Klage wegen eines nicht ergehenden Vorbescheids. Was ist nach dem Beschluss passiert? Der Betroffene hat sofort Klage eingereicht. Die Klage kam ohnehin, also hätte man die Zeit nutzen können, um sich zu überlegen, was an dieser Stelle und in diesem Kontext inhaltlich richtig gewesen wäre. Stattdessen wurde ein Beschluss gefasst, und kurz darauf war die Klage auf dem Tisch. Also wurde das angestrebte Ziel nicht erreicht.

Ich frage mich, warum die Haltung in kurzer Zeit so grundlegend geändert wurde, denn das Problem liegt nicht erst seit gestern auf dem Tisch, sondern seit mindestens einem Jahr, wenn nicht seit mehreren Jahren. Bei diesem Vorlauf kann man von der Verwaltung erwarten, dass sie sich entsprechend aufstellt. Das haben wir auch in der Ausschusssitzung moniert. Wir wissen bis heute nicht genau, was zwischen dem 26. Januar und dem 9. Februar geschehen ist, um eine solche grundlegende Haltungsänderung herbeizuführen.

Am allerschlimmsten finde ich die Botschaft nach außen. Binnen weniger Tage wurde die Haltung grundlegend geändert. Zunächst hieß es, der sektorale Bebauungsplan könne nicht erlassen wer-

den, weil er möglicherweise rechtswidrig sei. Kurz darauf wurde genau das Gegenteil gesagt. Worauf können sich die Bürgerinnen und Bürger, die mit der Stadt zusammenarbeiten wollen, denn noch verlassen? Heute hü, morgen hott! So kann es auf Dauer nicht weitergehen. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Deswegen werden wir dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Wir müssen zunächst über die Inhalte der Beschlussvorlage und die Begründungen, wie es mit diesem Gebiet weitergehen soll, beraten und halten es nicht für richtig, wie mit uns umgegangen wird. Hier muss wieder Verlässlichkeit wie früher herrschen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Hier geht es um einen städtischen Bereich, für den unsere Vorgänger*innen im Stadtrat schon vor langer Zeit einen Planungsbedarf gesehen haben. Es gibt einen Aufstellungsbeschluss, dieses Gebiet im Rahmen eines Bebauungsplans zu überplanen.

Ein Bebauungsplanverfahren ist aus Sicht der Landeshauptstadt München immer vorteilhaft, weil es viele Eingriffsmöglichkeiten bietet: Wo soll begrünt werden? Was ist schützenswert? Wo lässt sich Wohnungsbau realisieren – und zwar in konzentrierterer Form, als der § 34 BauGB erlaubt? Wie können die SoBoN und Ähnliches berücksichtigt werden?

Das gilt auch für den Bereich, in dem sich das besagte Grundstück befindet. Bisher ging es dort wegen mangelnder Mitwirkungsbereitschaft nicht voran. Das empfanden wohl alle im Stadtrat als Ärgernis, weil wir vorhaben, die Prozesse umzusetzen. Daher haben wir das Verhandlungsangebot an die Stadt begrüßt, denn der Erwerb des Grundstücks zu einem angemessenen Preis eröffnet ganz andere Möglichkeiten. Wir hätten uns eine schnelle Lösung mit einem zwischen den Referenten abgestimmten Kaufvorschlag gewünscht, der dem Stadtrat vorgelegt wird. Doch solange das Bebauungsplanverfahren gemäß § 34 BauGB noch läuft, muss das Baurecht ausgetestet werden. Ein Vorbescheid schafft Tatsachen, die unseren städtebaulichen Überlegungen zu dem Grundstück und dem Baumschutz stark widersprechen. Deswegen hat der Bezirksausschuss Anträge gestellt und eine Stellungnahme abgegeben.

Ja, die Vorlage wurde geändert. Aber das dahinterstehende Grundprinzip - den Kauf voranzutreiben - war spätestens im zweiten Hinweisblatt nach der BA-Stellungnahme klar erkennbar. Das Planungsreferat hat kurzfristig eine geänderte Vorgehensweise vorgeschlagen, um die Position der Stadt während der Verhandlungen zu stärken. Diesem Vorschlag sind wir gerne gefolgt, denn es ist wichtig, die baurechtlichen Möglichkeiten in den Raum zu stellen, um den Bebauungsplan zu si-

chern. Der vorgeschlagene, neue Aufstellungsbeschluss für dieses besondere Gebiet hat uns überzeugt.

Der Beschluss hat zwar für Unruhe gesorgt, aber er hat einen durchaus positiven Effekt, wie wir aus Rückmeldungen der Verwaltung erfahren haben: Inzwischen laufen intensive Gespräche, und das größte Ziel der Stadt - einen Ankauf zu einem angemessenen Preis umzusetzen und dann ein Bebauungsplanverfahren aufs Gleis zu setzen - hat einen Push bekommen.

Wir möchten die heute vorgelegte, geänderte Ziffer 4 im Antrag der Referentin wie folgt ergänzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Veränderungssperre für den Bereich Ottobrunner Straße 3 vorzubereiten und dem Stadtrat vorzulegen, falls es zu keinem Verkauf an die Stadt kommt. Die Vorbereitung der Veränderungssperre wird für den Zeitraum der Ankaufsverhandlungen zurückgestellt.“

Wir wollen kein genaues Datum nennen, damit klar ist, dass die Veränderungssperre während der Verhandlungen noch nicht gilt, sondern das Baurecht nach § 34 BauGB Grundlage für die Bewertung und Verkaufsverhandlungen ist.

Ich kann nachvollziehen, dass diese Entwicklung für einige ein bisschen kurzfristig kam. Manchmal muss man in einer komplizierten Gemengelage überlegen, welche Vorgehensweise am besten für die Stadt sein könnte. Ich kann nur an die betroffenen Referate appellieren, aus diesem Prozess zu lernen und in solchen Fällen vorab noch intensiver miteinander zu sprechen. Vielleicht hätte manches schon im Vorfeld geklärt werden können. Aber im Endeffekt sollte uns das nicht davon abhalten, die jetzt auf dem Tisch liegende, überzeugende Lösung zu realisieren.

Auch bei dem von Ihnen angesprochenen sektoralen Bebauungsplan geht es um die schwierige Thematik des Bodenrechts und um das Umsetzen unserer städtebaulichen Ziele. Mit unseren Schritten senden wir deutliche Signale. Wir wollen, dass in dieser Stadt gebaut wird, aber wir möchten Einfluss darauf nehmen, wie und was gebaut wird, und ob auch bezahlbare Wohnungen entstehen. Wo immer wir eine Chance sehen, Einfluss zu nehmen, ergreifen wir sie gerne. Danke!
- (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste)

StR Höpner:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte nicht gedacht, dass ich mich einmal so über einen Bebauungsplan freue. Dadurch können 120 Bäume geschützt werden. Das

wäre bei § 34 vielleicht mit einem Fragezeichen versehen worden. Dieses Anliegen geht auf einen Antrag der ÖDP/München-Liste zurück.

Ich verstehe den Ärger der CSU. Im Planungsausschuss haben wir lange über die sehr unterschiedlichen Vorlagen diskutiert. Als einzige schriftliche Begründung wurde auf inzwischen vorliegende Erkenntnisse zum Baumbestand verwiesen. Die müssen sich wohl zwischen Ende Januar und Anfang Februar ergeben haben. - (Zuruf) - Ich weiß es nicht und habe keine Begründungen dafür.

Der Bebauungsplan wird den Bürgern vor Ort, dem Bezirksausschuss 16 und unserem Antrag gerecht. Deswegen sind wir damit sehr zufrieden. Danke!

StR Ewald:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redebeitrag der Kollegin Frau Hanusch hat mich dazu bewogen, mich zu Wort zu melden, obwohl meine Kollegin Frau Kainz bereits das Wesentliche gesagt hat. Sie hat darauf hingewiesen, auf welch dünnen Beinen dieses Vorgehen in rechtlicher Hinsicht steht.

Ich halte es für bemerkenswert, das als etwas kurzfristige Vorlage abzutun. Es gab eine rechtzeitige Vorlage, die allerdings komplett dem zweiten Ergänzungsblatt widersprach, das uns letztendlich vorgelegt wurde. Da stellt sich für mich schon die Frage der Verlässlichkeit in Bezug auf die vom Referat gelieferten Vorlagen. Ein zweiter Aspekt ist die Außenwirkung auf Bürgerinnen und Bürger sowie auf Beteiligte, mit denen man eine Planung auf die Beine stellen möchte. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

Sie können sich sicher sein: Dieses gesendete Signal ist angekommen! Hier wurde - aus welchen Gründen auch immer - während der laufenden Verhandlungen mit einem planungsrechtlichen Instrument gegen einen Bürger, einen Eigentümer vorgegangen. Sie haben in Ihrer Wortmeldung mitgeteilt, worum es letztlich ging: den Baumschutz. Das Anliegen, Bäume zu erhalten, teilen wir durchaus. Aber am Ende war es nur ein vorgeschobenes Argument, um den Eigentümer unter Druck zu setzen und preisliche Vorteile für die Landeshauptstadt München auszuhandeln. Darum ging es hier.

Dieses Signal ist übrigens auch bei den Betroffenen der SEM im Münchner Nordosten angekommen. Sie haben sehr wohl zur Kenntnis genommen, wie verlässlich die Landeshauptstadt München unter der grün-roten Regierung ist. Das werden sie im weiteren Verfahren berücksichtigen.

- (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) - Auf das Interesse, die Eigentümerinnen und Eigentümer mitzunehmen, ist offenbar kein Verlass.

Ich möchte nochmals darauf eingehen, dass die Beschlussvorlage ein bisschen kurzfristig vorgelegt wurde. Entweder war das in der ersten Beschlussvorlage beschriebene Vorgehen falsch oder vom Planungsreferat nicht hinreichend geprüft worden. In schriftlicher Form wurde die Ergänzung nur damit begründet, dass die Anregungen und Anfragen in der BA-Stellungnahme und in einem eingegangenen Brief, auf den in der Sitzung Bezug genommen wurde, nochmals geprüft werden sollten. Beides lag jedoch bereits zum Zeitpunkt des ersten Hinweisblatts zwei Wochen vor der Sitzung vor.

Von dem drohenden Vorbescheid hätte man spätestens seit August 2021 wissen können. Damals wurde der erste Vorbescheidsantrag eingereicht. Er wurde in den wesentlichen Punkten negativ beschieden, wogegen Klage erhoben wurde. Seit August 2021 hatte das Referat die Gelegenheit, sich mit dieser Thematik zu befassen. Das wurde versäumt, man hat geschlafen und drei Minuten vor der Sitzung versucht, dieses Vorgehen wiedergutzumachen. So bestand überhaupt keine Möglichkeit, sich mit den in der Vorlage enthaltenen Planungszielen auseinanderzusetzen. Außerdem stand sie rechtlich auf unsicheren Beinen, weil eklatant gegen die Geschäftsordnung verstoßen wurde.

Die Begründungen in der Sitzung habe ich mir nochmals durch den Kopf gehen lassen. Dort wurde uns die Dringlichkeit dargestellt, aber für die kurzfristige Vorlage und die kurzfristige Änderung des Antrags der Referentin war sie definitiv nicht gegeben. Am Ende wurde einfach ein Schmarrn hineingeschrieben. Das wurde mit sehr intransparenten, kurzfristigen Mitteln zu heilen versucht, damit niemand die Gelegenheit bekommt, nochmals über diesen Vorgang nachzudenken.

Zum zweiten, damals angeführten Punkt: Die Grundstücksverhandlungen mussten keinesfalls gestoppt werden. Man kann nur darüber lachen, wenn mit einer Veränderungssperre gedroht wird. Heute rudern Sie schon wieder zurück. Vielleicht haben Sie gemerkt, dass das vielleicht doch nicht das schlaueste Vorgehen war. Die Aussage, das wirke sich keineswegs auf die Ankaufsverhandlungen aus, ist sehr gewagt. Auch das Thema Verzögerung oder Untätigkeit hat meine Kollegin bereits dargestellt. Jetzt läuft eine Klage gegen den nicht gewährten Vorbescheid. Die Begründung aus der Ausschusssitzung trifft also nicht zu.

Außerdem war die Rede von einem eingegangenen Gutachten und dem Schreiben einer Initiative. Diese Initiative hat schon im vergangenen Jahr an das Planungsreferat geschrieben und keine Ant-

wort erhalten. Sie hat dann nochmals einen Brief mit einem Zitat aus diesem angeblichen Gutachten geschickt. Letztendlich ist es kein Gutachten, sondern eine faunistische Betrachtung. Seit 34 Jahren wird an dem Bebauungsplan gearbeitet. Das ist genug Zeit, um festzustellen, dass in dem Gebiet Bäume stehen.

Durch den Beschluss wird das Gebiet des Bebauungsplans wieder gestückelt. Das ist nicht zielführend, weil dadurch eine Gesamtplanung für das Gebiet des ursprünglichen Bebauungsplanumgriffs nicht erreicht wird. Soziale Bedarfe und eine auf das Gebiet abgestimmte Entwicklung können jetzt noch weniger berücksichtigt werden. Der Erhalt des Baumbestands auf dem Grundstück Ottobrunner Straße 3 macht durchaus Sinn. Aber das ist auch ein Eingeständnis, dass es in den letzten 34 Jahren aus verschiedenen Gründen nicht gelungen ist, die Mitwirkungsbereitschaft herzustellen. Auch beim neuen Aufstellungsbeschluss gab es anscheinend keine Mitwirkungsbereitschaft, weil der Grundstückseigentümer nicht einbezogen wurde.

Wir erwarten vom Referat eine zeitnahe Darstellung, in der folgende Fragen beantwortet werden: Wie soll mit dem Gesamtgebiet umgegangen werden? Wie werden die sozialen Bedarfe berücksichtigt? Wie lässt sich der Wohnungsbau mit dem Erhalt des Baumbestands in Einklang bringen? Wie werden ökologische Aspekte berücksichtigt?

Das Vorgehen in der Sitzung war unterirdisch und kein angemessener Umgang mit dem Münchner Stadtrat. Es ist hilfreich, wenn sich die Referate frühzeitiger abstimmen, aber letztlich trifft der Münchner Stadtrat die Entscheidung. Das habe ich schon in der Sitzung gesagt. Drei Minuten vor der Sitzung mit vorgeschobenen Argumenten eine vollkommen veränderte Beschlussvorlage zu verteilen, kann nicht der Umgang sein, den wir im Planungsausschuss pflegen. Das wollen wir nicht mehr erleben, sonst wäre das künftig nicht mehr ein Thema für einen Nachprüfungsantrag, sondern ein Fall für das Verwaltungsgericht. - (Beifall der CSU mit FREIE WÄHLER)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in der besagten Sitzung die Frage gestellt: Was ist denn zwischen Ende Januar und Anfang Februar passiert? Diese Frage wurde bis heute nicht beantwortet.

Ich kenne das Planungsreferat und weiß, wie gut und gründlich dort gearbeitet wird. Das Verfahren ist seit etwa 34 Jahren virulent, wie wir gehört haben. Darüber wurde schon in meiner ersten Stadtratsperiode diskutiert. Deshalb kann ich mir nicht vorstellen, dass innerhalb einer Woche zwischen Ende Januar und Anfang Februar völlig neue Erkenntnisse aufgetaucht sind, wie es nebulös in der

Vorlage heißt. Ist es etwa eine völlig neue Erkenntnis, dass dort Bäume stehen? Das ist erkennbar und plump vorgeschoben.

Ich vermute, das Planungsreferat wollte nach bestem Wissen und Gewissen umsetzen, was die Stadtratsmehrheit an dieser Stelle gerne hätte. Was genau passiert ist, muss nicht das Planungsreferat erklären, sondern vielleicht die Grünen, die SPD oder beide gemeinsam. Aus irgendeinem Grund wurde die Meinung kurzfristig geändert, und dann musste ganz schnell die Vorlage angepasst werden, denn ein Änderungsantrag von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt wäre viel auffälliger gewesen. Das wäre der übliche Vorgang gewesen, wenn es nicht um Millionen Euro und viele Betroffene ginge.

Ein Änderungsantrag wäre transparent gewesen: Das Referat möchte A, Grün und Rot möchten B. Mit ihrer Mehrheit können sie das natürlich durchsetzen. Das ist Politik. Darüber haben wir heute Vormittag schon ausführlich diskutiert. Aber in diesem Fall sollte es anscheinend nicht so auffällig sein. Es sollte kaschiert werden, dass dies die Meinung von Grün-Rot und nicht des Referats ist. Also sah sich das Referat gezwungen, kurzfristig eine neue Beschlussvorlage zu erstellen und nebulös etwas von neuen Erkenntnissen zu fabulieren, die schon seit 34 Jahre vorliegen könnten. So lassen wir nicht mit uns umgehen. - (Beifall von FDP - BAYERNPARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER) - Das ist wirklich unterirdisch nach all den Bekundungen zur Zusammenarbeit, zur Einheit, zum Kollegialorgan und was wir heute an schönen Worten im Vorfeld der Referentenwahlen gehört haben. Dies ist das klare Gegenteil. Es ist knallharte Machtpolitik, und ich weiß immer noch nicht, was zwischen Ende Januar und Anfang Februar tatsächlich passiert ist.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin keine Juristin, aber diese verwaltungsrechtlichen Fragen scheinen mir an den Haaren herbeigezogen.

Von der juristischen zur politischen Ebene: Die Themen Klimaanpassung, Baumschutz und Schutz von Freiräumen werden heute in der politischen Diskussion ernster genommen als vor zwei bis drei Jahren. Oft haben sich Bezirksausschüsse früher für einen Baumbestand engagiert, und jedes Mal hieß es: Baurecht bricht Baumschutz. Stadtratsmehrheit und Stadtverwaltung haben gesagt: Wir machen Bebauungspläne nicht, um Bäume zu schützen. Das reduziert im Zweifel das Baurecht, und eine Entschädigungsleistung kann fällig werden.

Das Planungsreferat hat seine Positionierung geändert, weil es festgestellt hat, dass es für seine ursprüngliche Vorlage im aktuellen Stadtrat keine Mehrheit gibt. Man hätte auch einen Änderungs-

antrag stellen können. Aber diese fachlichen Feinheiten liefern Einfallstore für juristische Auseinandersetzungen. Das Thema ist anspruchsvoll, wenn man im Planungsrecht nicht zuhause ist.

Natürlich wäre es besser gewesen, wir hätten die geänderte Vorlage am Freitag oder am Montagvormittag bekommen. Dann hätten wir uns damit befassen können. Aber inhaltlich stellt die Vorlage das dar, was alle vor Ort wollen: dass es dort vorangeht, der Baumbestand erhalten bleibt und Wohnungsbau entsteht.

Natürlich ärgert man sich, wenn man überfahren wird. Kollegin Kainz, erinnern Sie sich! Bei der Großmarkthalle lag die komplette Vorplanung vor und sollte beschlossen werden. Eine Mehrheit von CSU und SPD hat damals die gesamte Vorplanung, die Arbeit von mehreren Jahren, in die Tonne getreten und ein Investorenmodell ausgeschrieben. Das haben wir jetzt am Hals, und es erwürgt uns fast. Damals habe ich mich als Stadträtin komplett überfahren gefühlt. Es gab keinerlei Vorwarnung.

Hätten wir die geänderte Vorlage am Freitag bekommen, hätte ich mir meinen Änderungsantrag sparen können. Ich habe beantragt, einen Bebauungsplan zu machen, um die Bäume zu schützen. Das hat sich erübrigt. Die neue Vorlage ist das, was politisch und inhaltlich fast alle vor Ort wollen. Deshalb sollte man sich nicht an dieser nicht ganz korrekten oder glücklichen Vorgehensweise aufhängen. Danke schön. - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Burger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Kainz! Wir können Euren Ärger über die Kurzfristigkeit der Vorlage verstehen. Auch wir als SPD-Fraktion hätten gerne länger Zeit gehabt, um uns damit auseinanderzusetzen. Man kann die Position vertreten, eine Vertagung zu riskieren. Aber im Ausschuss wurde auf unsere Frage mehrfach geantwortet, das rechtliche Risiko sei hoch. Deswegen haben wir uns entschlossen, dem Vertagungsantrag nicht zuzustimmen.

Was wollen wir mit dem Vorgehen erreichen? Herr Ewald hat gesagt, die Aufstellung eines B-Plans verhindere die gemeinsame Planung. Wir sehen das anders und wollen hier endlich eine gemeinsame Planung ermöglichen. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum, und wir wollen die Bäume schützen. Ohne diesen B-Plan wäre es eine Bebauung nach § 34. Dann bricht Baurecht definitiv Baumschutz. Deswegen haben wir dem Vorschlag des Planungsreferats zugestimmt

Warum ist das Planungsreferat so vorgegangen? Nach langen ausführlichen Diskussionen mit Frau Charlier kann ich sagen: Das Planungsreferat legt nur Anträge vor, von denen es überzeugt ist und die es vertreten kann. Alles andere beschädigt das Ansehen des Referates.

Zum Thema Verlässlichkeit: Es gab zwei Mal im Planungsausschuss unterschiedliche Vorlagen, zuerst beim Baulandmobilisierungsgesetz. Das Gesetz war gerade beschlossen, und wir haben uns entschieden, den sektoralen B-Plan auszuprobieren. Natürlich ist die Rechtslage bei einem neuen Instrument nicht geklärt. Es gibt bis heute kein Urteil zum sektoralen B-Plan. Unterschiedliche Rechtseinschätzungen sind im Fluss, und Änderungen sind möglich. Das ist selbstverständlich.

Verlässlichkeit bei Planungsfragen ist ein hohes Gut, aber wir sollten neuen Argumenten gegenüber offen bleiben. Wenn ein Bebauungsplan zum Schutz der Bäume möglich ist, sollten wir das tun, und zwar auch kurzfristig. Wir haben Verständnis für den Ärger der CSU, hoffen aber, dass wir die Ottobrunner Straße weiter gemeinsam planen werden. Der Weg ist schwer und lang, und wir brauchen alle, um zu einem guten Ergebnis zu kommen. Danke schön. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen - Rosa Liste)

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich außerordentlich über diese Beschlussvorlage, die das Planungsreferat kurzfristig vorgelegt hat. Wir hatten bereits letztes Jahr beantragt, diesen Bebauungsplan Nr. 1638 fortzuführen mit dem Ziel einer maßvollen Bebauung und mit dem Erhalt des wertvollen Grünbestandes an der Ottobrunner Straße 3. Selten kann man als Opposition so einen Erfolg feiern. Danke schön!

Außerdem möchte ich feststellen, es gehört zum Antragsrecht von Referentinnen und Referenten, vor und in der Sitzung Positionen einzubringen. Wir haben das auch heute mehrmals erlebt, dass Referentinnen und Referenten Anträge in ihren eigenen Antrag übernommen und so ihren Antrag während der Sitzung verändert haben. Das ist gelebte Praxis im Stadtrat. Manchmal ärgert es uns, manchmal, wie in diesem Fall, überhaupt nicht.

Zum Abschluss eine Verständnisfrage zum mündlich eingebrachten Änderungsantrag von Kollegin Hanusch: Soll die Veränderungssperre nur so lange gelten, wie die Verkaufsverhandlungen laufen? - (Zwischenruf) - Nein?

StRin Hanusch:

Sie sollte vorbereitet werden und für die Verkaufsverhandlungen zurückgestellt werden. Wenn wir es kaufen, brauchen wir sie nicht mehr.

StR Ruff:

Danke schön! Der Hinweis war sehr wichtig. So können wir mitgehen. Umgekehrt hätte ich es schwierig gefunden.

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Zuerst habe ich gedacht, es geht nur um 120 Bäume. Aber im Endeffekt umfasst der Bebauungsplan Nr. 1638 eine 100 Mal größere Fläche. Es ist die letzte unbebaute Fläche in Ramersdorf-Perlach, und ich finde das gut so.

Wir sind gegen Nachverdichtung, denn sie zieht noch mehr Personen und Bürger an, obwohl dort jetzt schon alles dicht bebaut ist. In den letzten zehn Jahren wurden entlang der Ottobrunner Straße diverse riesige Gebäuderiegel errichtet, wo mittlerweile hunderte neue Bürger wohnen. Sie sagen, Sie wollen keine Versiegelung der Fläche. Genau hier wird wieder ein riesiges Gebiet mit mehreren Hektar zugebaut. Das finden wir nicht gut, und deswegen werden wir der Vorlage nicht zustimmen. Danke!

StBRin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich gerne bei Ihnen entschuldigen, dass ich Sie so kurzfristig damit konfrontiert habe. Sie wissen, es ist in meiner bisherigen Amtszeit extrem selten vorgekommen, dass ich Ihnen so kurzfristig eine Änderung vorschlage. Manchmal braucht man Zeit für die richtigen Überlegungen.

Bereits 2019 habe ich mich in speziellen Runden sehr dafür eingesetzt, die Betriebserweiterung weiter unten auf dem Gelände zu ermöglichen und die damit zusammenhängenden Baugenehmigungen zu erteilen. Wir sehen für dieses gesamte Areal eine dringende Planungserfordernis. Dieses Thema wartet seit 34 Jahren auf Bearbeitung. Ich bedauere zutiefst, dass meine Vorgänger das leider nicht erledigt haben.

Es ist richtig, es gibt hier keine ganz neuen Erkenntnisse. Im letzten Jahr hatten wir die Hoffnung, dass die Grundstücksverhandlungen so weit gedeihen, während wir das Baurecht im Rahmen eines Vorbescheids ausloten. Das hätte zu großer Planungssicherheit auf beiden Seiten geführt.

Kurz vor dieser Sitzung habe ich durch gemeinsame Gespräche die Erkenntnis gewonnen: Unter dem Gesichtspunkt der Risikominimierung ist es für die Planungssicherheit der Stadt und das Ausüben der Planungshoheit aus städtischer Sicht richtiger, Ihnen einen geänderten Antrag vorzulegen.

Wir versuchen, für das Gemeinwohl und das positive Ausüben der Planungshoheit der Stadt einzutreten. Deswegen haben wir in der Sitzung gesagt, eine Vertagung stellt aus unserer Sicht ein größeres rechtliches Risiko dar. Im Nachhinein sage ich gerne: Ich hätte Ihnen das auch einen Monat vorher vorschlagen können. Aber ich hoffe immer, dass wir in den Verhandlungen so schnell und gut vorwärts kommen, dass wir diese Instrumente nicht brauchen. Es passiert sehr selten, dass ich Sie mit so etwas konfrontieren muss.

Seit der Sitzung sind beide Referate im engen Austausch mit dem Grundstückseigentümer. Für die Grundstücksverhandlungen bin ich primär gar nicht zuständig. Es gibt Signale, dass die anderen Grundstückseigentümer jetzt bereit wären, mit uns in eine Planung für den größeren Umgriff einzusteigen. Ich hoffe wirklich, dass am Ende ein befriedigendes und gutes Ergebnis steht.

Fakt ist auch: Wenn eine Baugenehmigung oder ein Vorbescheid rechtskräftig ist, kann man Grundstücke auch an andere Erwerber verkaufen, nicht nur an die Stadt. Dann kann man das Baurecht ausüben. Das hat Konsequenzen für die Bäume, die dort schon lange stehen. Wir wollen das Baurecht in seinem Wert nicht schmälern, es aber in eine größere Planung integrieren. Aus diesen Gründen habe ich Sie mit dieser Änderung konfrontiert. Danke! - (Beifall von Die Grünen - Rosa Liste und SPD/Volt)

Der mündliche Änderungsantrag von StRin Hanusch zum Thema Veränderungssperre wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der modifizierte Antrag der Referentin gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP - BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 14:15 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 23. Februar 2022

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll